

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER STERN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

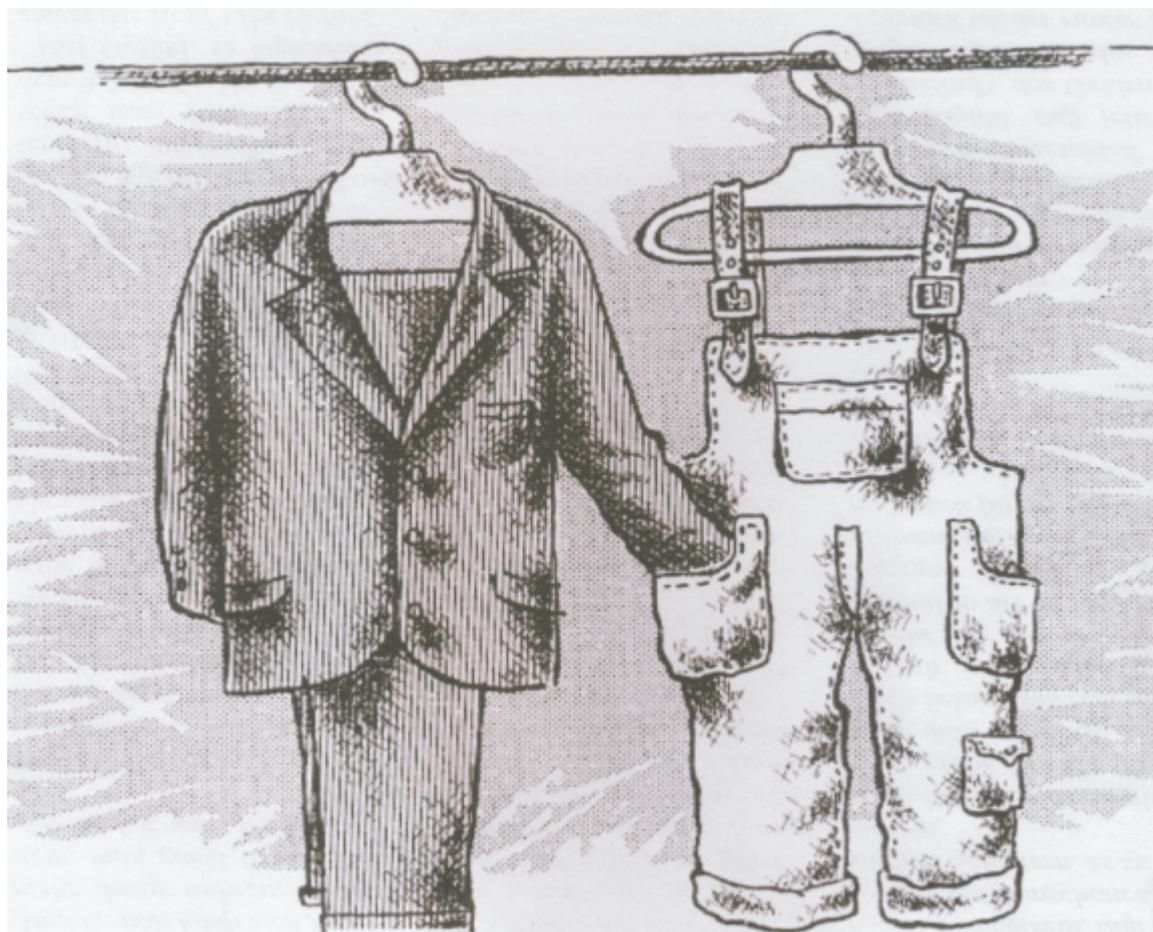
41. Jahrgang \* PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg \* Nr.1/2007 1,-- Euro

[www.kpd-ml.net](http://www.kpd-ml.net)

bzw.

[kpd-ml@arcor.de](mailto:kpd-ml@arcor.de)

## DIE ÖFFENTLICHE HAND, ZUR KLASSENVERSÖHNUNG GEREICHT



Zum 1. Mai 2007

## Kämpft gegen die verschärfte Ausbeutung! Keine Kampfeinsätze der Bundeswehr!

Im kapitalistischem Zyklus haben wir gegenwärtig den Aufschwung. Der Export wird dieses Jahr um bis zu 10% steigen, nach 12,4 % im vergangenen Jahr. Damit würde der deutsche Export wieder stärker als der Welt-handel wachsen und Marktanteile hinzugewinnen. Die Gewinne der Kapitalisten explodieren. Doch bei der Arbeiterklasse und der Mehrheit des deutschen Volkes kommt davon nicht viel an. Im Gegenteil wurde der Konsum im Inland durch die Mehrwertsteuererhöhung noch mehr belastet. Mit der Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre wird eine verschleierte Rentenkürzung in Gang gesetzt, weil heute schon fast die Hälfte der über 55-jährigen keinen Arbeitsplatz mehr bekommt. Der Aufschwung für die Kapitalisten geht einher mit weiterer Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Was soll das erst geben, wenn der Aufschwung zu Ende geht? Beim nächsten Abschwung wird die Arbeitslosenzahl auf eine neue Rekordhöhe steigen. Im Kapitalismus wird es nie wieder Vollbeschäftigung geben. Deshalb ist es alter sozialdemokratischer Wein in alten Schläuchen, wenn die Linkspartei verspricht mit Mindestlöhnen und Reformen den Kapitalismus zähmen zu können. Ein Mindestlohn von 6 bis 7.50 Euro gefährdet in Ostdeutschland ein Drittel der Arbeitsplätze im Friseurhandwerk. Oder aber die Tariflöhne würden einfach nicht gezahlt. Nichts wäre damit gewonnen.

Sichere Arbeitsplätze kann es im weltweiten kapitalistischem System nur durch nationale Abschottung von Wirtschaftsräumen und die Errichtung des Sozialismus, der Herrschaft der Arbeiterklasse geben.

Da alle Parteien im Parlament Systemparteien sind, bleibt nichts anderes übrig als die außerparlamentarischen Kämpfe zu verstärken und zu vernetzen und über Aktionseinheiten und Debatten die Einheit der Revolutionäre in Deutschland zu erreichen. Dabei müssen die Aufgaben des 21. Jahrhunderts im Vordergrund stehen und nicht historische Haarspaltereien.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik ist die Bundesrepublik zunehmend aggressiver geworden. Bislang stellten die Bundeswehr - zumindest offiziell - nach den amerikanischen Kriegen die Besatzungstruppen im Kosovo und Afghanistan. Mit der Entsendung von Tornados nach

Afghanistan wird die Bundesrepublik erstmals aktiv in Kampfhandlungen gegen den Unabhängigkeitskampf des afghanischen Volkes verstrickt.

Der verstärkten Aggression nach außen entspricht eine immer schärfere Unterdrückung von Andersdenkenden im Inland wie Kontosperrungen für G8-Gegner und Ausbau des Überwachungsstaates durch verstärkte Computer- und Telefonüberwachung. Der bürgerliche Staat weiß, dass sich immer mehr von ihm abwenden, siehe die dramatisch sinkende Wahlbeteiligung. Deshalb lässt er immer mehr seine demokratische Maske fallen. Dieselbe Erscheinung sehen wir auch in den anderen imperialistischen Staaten wie USA und Großbritannien. Nur wo die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung ihre Macht ausweitet wie in Venezuela, nimmt auch die Demokratie für das Volk zu. Die einseitige Weltherrschaft der USA neigt sich durch den Widerstand im Irak, in Afghanistan, Somalia und anderswo dem Ende zu. Das Ergebnis wird wieder eine multipolare Welt sein, wie sie vor 1945 existiert hat. Dies wird die Widersprüche zwischen den Imperialisten verschärfen und den Völkern einen neuen Freiraum geben ihre Vorstellungen für die Gesellschaftsordnung zu verwirklichen.

**Nieder mit dem kapitalistischem  
Ausbeutersystem!  
Holt die Bundeswehr nach Hause!  
Austritt aus NATO und EU!  
Ausländische Truppen raus aus  
Deutschland!  
Die Teilnehmer am G8-Treffen sind  
nicht unsere Gäste!  
Vorwärts zum Sozialismus!**

**Korrespondenz:**

Gedanken zum 1. Mai 2007

**Internationaler Kampf, Solidaritäts und  
Einheitstag der Arbeiterklasse****Woher kommt der 1. Mai?**

Am 1. Mai 1886 beginnt in den USA ein mehrtägiger Generalstreik für die Einführung des Achtstundentages. An ihm nehmen etwa 350.000 Arbeiter in den großen Industriezentren des Landes teil. Die Kapitalisten verurteilten in Chicago mehrere Arbeiter, die sich

am Streik beteiligt hatten, zum Tode und richteten vier von ihnen hin.

Vom 14. bis 20. Juli 1889 findet - mit tatkräftiger Hilfe von Friedrich Engels - ein internationaler Arbeiterkongreß in Paris statt. Hier beraten fast 500 Delegierte von sozialistischen Parteien, Gruppen und Arbeiterorganisationen aus allen europäischen Ländern, Argentinien, Rußland und den USA. Sie einigen sich darauf, ab 1890 jeden 1. Mai als internationalen Kampftag der Arbeiterklasse für den Achtstundentag durchzuführen. Und das in einer Situation, in der die Arbeiter in Deutschland täglich 11 Stunden an sechs Tagen (von Montag bis einschließlich Samstag) schufteten müssen.

Für den Sechsstundentag und die Arbeitereinheit!

Heute heißt es dagegen am 1. Mai unbedingt für die gesetzliche Einführung des Sechsstundentages streiten (macht bei einer Fünftageweche die 30 Stundenwoche mit vollem Lohn- und Personalausgleich). Denn nur mit einer massiven Ar-

beitszeitverkürzung kann der Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft (ein Heer von Arbeitslosen zu schaffen, die industrielle Reservearmee) entgegengewirkt werden, die schon Karl Marx in seinem Werk "Das Kapital" beschrieben hat:

Auf der einen Seite werden immer weniger Arbeiterinnen und Arbeiter für die Produktion gebraucht. Es gibt Rationalisierung, Entlassungen und die Arbeitslosigkeit steigt weiter an (so haben wir heute weit über 8 Millionen Arbeitslose in Deutschland). Während die noch im Betrieb verbleibenden Arbeiterinnen und Arbeiter immer länger arbeiten sollen (Rente mit 67, Wiedereinführung der 40-Stundenwoche etc.).

Karl Marx beschreibt das so:

*„Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, die sie zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt. Die Verdammung eines Teils der Arbeiterklasse zu erzwungenem*

*Müßiggang durch Überarbeit des anderen Teils und umgekehrt, wird Bereicherungsmittel des einzelnen Kapitalisten und beschleunigt zugleich die Produktion der industriellen Reservearmee auf einem dem*



und beschleunigt zugleich die Produktion der industriellen Reservearmee auf einem dem Fortschritt der gesellschaftlichen Akkumulation entsprechenden Maßstab." (MEW 23, S. 665-666)

Deswegen brauchen wir das enge Kampfbündnis der gesamten Arbeiterklasse, egal ob wir als Arbeiter (noch) im Betrieb malochen oder (schon) als Arbeitslose registriert sind, besonders am 1. Mai. Weitere politische Forderungen, die der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit zugute kommen, sind die Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde und nach 500 Euro Arbeitslosengeld II plus Übernahme der Mietkosten.



### Nieder mit dem kapitalistischen Lohnsystem!

*Der 1. Mai 1988 in Duisburg-Rheinhausen*

Doch auch wenn diese ökonomischen Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter erkämpft werden können, so ist die Arbeiterklasse jedoch immer noch Opfer des kapitalistischen (Lohn-Systems). Denn *„wenn der Arbeitslohn fällt, so steigt der Profit; und wenn der Arbeitslohn steigt, so fällt der Profit.“* (MEW 16, S. 140) So drückt Karl Marx in seiner Schrift *„Lohn, Preis und Profit“* den unversöhnlichen Interessengegensatz von Kapitalist und Arbeiter aus.

Bereits vor 21 Jahren stellt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in einer Studie fest, daß in bestimmten Industriebereichen die Arbeiter in der Stunde ganze vier Minuten für ihren Lohn arbeiten müssen (einschließlich den sog. *„Lohnnebenkosten“*, Sozialleistungen usw.) Den Rest malochen sie kostenlos für das Kapital. Ganze drei Jahre ihres Arbeitslebens schaffen die Arbeiter für sich, die restlichen Jahrzehnte (wenn möglich ca. 44 Jahre) gehören sie ihrem Ausbeuter- und diese restliche Zeit soll nun nach dem Wunsch der Kapitalisten verlängert werden. Die Gesellschaft wird zwar immer reicher, andererseits verarmen aber immer mehr Menschen.

Der Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter kann nur ein Ende gesetzt werden, wenn sie die Kapitalisten fortjagen und deren Staat zerschla-

gen, um ihren Staat - die Diktatur des Proletariats - zu errichten, um den Sozialismus aufbauen zu können. Daß dies möglich ist und die Arbeiter-

klasse erfolgreich sein kann, hat die internationale Arbeiterklasse gezeigt mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution unter Führung der Bolschewiki vor 90 Jahren in Rußland, dem sozialistischen Aufbau in der sozialistischen Sowjetunion unter W.I. Lenin und J.W. Stalin sowie in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien unter Enver Hoxha.

Am 1. Mai müssen wir diese historischen Erfolge der Arbeiterklasse propagieren und für einen neuen Anlauf zum Sozialismus in der Arbeiterklasse und besonders in den DGB-Gewerkschaften werben. Denn: *„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“* (Karl Marx: *Lohn, Preis und Profit*. In: MEW 16, S. 152) C.S.

## Na also es geht doch!

### Erfolgreicher Streik bei TRW in Gellep-Stratum

Immer wieder sagen uns Kolleginnen und Kollegen in Gesprächen: "Ich würd' ja mitmachen - aber das bringt ja doch nichts!" Diese resignative Haltung ist auch durch die zahlreichen negativen Erfahrungen zu erklären, die die Arbeiterklasse in den Kämpfen gemacht hat, in denen die Gewerkschaftsführung, Revisionisten, Pfaffen usw. sie in die Niederlage geführt haben. Wenn jedoch nur jeder zweite von denen, die so argumentieren, etwas tun würde, dann hätten wir den Kapitalismus schon längst erledigt...

TRW Automotive GmbH ist ein Autoteile-Hersteller in Krefeld und beschäftigte im April 454 Kolleginnen und Kollegen. Der Hauptsitz der "TRW Automotive Classics Systems" ist in Michigan (USA). In Deutschland hat die Firma insgesamt 19 Standorte mit 12.200 Beschäftigte Der Konzern. kauft sich auch in China und in Osteuropa ein - so hat er im August 2006 in der Slowakei die "Dana Emerson Actuator Systems (DEAS) gekauft.

Zwischen Betriebsrat und Werksleitung schwelte schon lange ein Konflikt, denn die Kapitalisten kümmerten sich immer weniger um den bestehenden Haustarifsvertrag und wick zur Profitmaximierung immer mehr auf Leiharbeiter aus. Außerdem behauptete sie, der Personalstand des Betriebes sei zu hoch und der Krankenstand auch. Auf die Idee, einen Zusammenhang zwischen den Arbeitsbedingungen und dem Krankenstand zu suchen, kam die Betriebsleitung natürlich nicht. Alles nur Drückeberger...

Und wen kann man dann am gefahrlosesten auf die Straße schmeißen? Die Dauerkranken (das sind hier solche, die seit mehr als sechs Wochen eine Arbeitsunfähigkeit **bestätigt** bekommen haben!), weg mit denen! Und raus mit fünf Schwerbehinderten!

Gleichzeitig beantragte die Werksleitung dann auch noch kurzfristig Mehrarbeit... Um die Mehrarbeit durchzukriegen, behauptete sie sogar, die beabsichtigten Kündigungen seien "auf Eis" gelegt und noch sei eine ausgesprochen - nur fünf Minuten später jedoch lag dem Be-

triebsrat ein Fax vor, in dem der Chef eigenhändig eine Kündigung unterschrieben hatte.

Der Betrug mit der Mehrarbeit und die Kündigung dieser zehn Kollegen brachte in der Belegschaft das Faß endgültig zum Überlaufen. Sie nahm die Sache selbst in die Hand. IG-Metall-Bevollmächtigter PeterBehr war überrascht (!!): "So etwas habe ich noch nicht erlebt." Und die Westdeutsche Zeitung bezeichnete das, was dann ablief, als eine "in der heutigen Zeit ungewöhnliche Solidaritätsaktion".

Die gesamte Belegschaft versammelte sich jeweils in den drei Schichten und stand acht Stunden lang auf dem Werksparkplatz und ließ die Arbeit ruhen. Am Sonntagabend um 22 Uhr war die Nachtschicht vollzählig auf dem Parkplatz erschienen und blieb auch da. Die beiden folgenden Schichten machten es genau so. Die Leiharbeiter einer Zeitarbeitsfirma wurden nach Hause geschickt - und sie ließen sich schicken.

Nach nur 24 Stunden war der Kampf erfolgreich beendet. Alle zehn Kündigungen waren vom Tisch. Außerdem wurde erreicht, daß zwei Betriebsratsmitglieder bis zur nächsten Wahl freigestellt bleiben und daß keiner der Beschäftigten wegen des Arbeitskampfes gemäßregelt wird. Ein bißchen Gesichtswahrung für die Werksleitung: die Kollegen bekommen die ausgefallene Arbeitszeit nicht bezahlt, können aber hierfür ihr Arbeitszeitkonto heranziehen.

#### Abonnement:

Entsprechend den derzeitigen Möglichkeiten ist die Redaktion bemüht, jährlich 3-4 Ausgaben herauszubringen. Wer

#### **ROTER STERN**

abonnieren möchte, kann das tun:

Bitte, überweist den

**Preis für 6 Ausgaben 10,- €incl. Porto**  
auf das Konto:

**F. Pöschl, Postbank Köln, K-Nr.**  
**152160508, BLZ 370 100 50**

# NSDAP, SPD, Zwangsarbeit, Reichsarbeitsgesetz und Hartz

Es schien mir schon ein bisschen gewagt, der Vergleich zwischen dem Reichsarbeitsgesetz der Nazis und der Hartz-Zwangsarbeit. Dann fiel mir aber eine Liste derjenigen ein, die die Hartz-„Reformen“ zum Gesetz für das deutsche Volk auserkoren hatten. Ich las mir die Teilnehmerliste durch, aber seht selbst:

- Dr. Peter Hartz, Volkswagen AG
- Isolde Kunkel-Weber, Ver.di
- Norbert Benschel, Daimler Chrysler Services AG
- Dr. Jobst Fiedler, Roland Berger Strategy Consultants
- Peter Gasse, IG Metall NRW
- Prof. Dr. Werner Jann, Universität Potsdam
- Dr. Peter Kraljic, McKinsey & Company, Düsseldorf
- Klaus Luft, Market Access for Technology Services GmbH
- Harald Schartau, Minister für Arbeit, NRW
- Wilhelm Schickler, Landesarbeitsamt Hessen
- Hanns-Eberhard Schleyer, Zentralverband d. Deutschen Handwerks
- Prof. Dr. Günther Schmid, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung
- Wolfgang Tiefensee, Oberbürgermeister von Leipzig
- Eggert Voscherau, BASF AG
- Heinz Fischer, Deutsche Bank AG

Fällt Euch etwas auf?

Mir schon: von 15 Hartz-Kreativen hatten mindestens 5 dieser Personen DIREKT mit den Finanz- und Industriegiganten des III. Reiches zu tun:

- DEUTSCHE BANK
- BASF (als ehemalige IG Farben Hersteller von Zyklon-B Gas, womit KZ-Häftlinge vergast wurden und Inhaberin von Zwangsarbeitslagern)
- Mercedes Benz (Zwangsarbeiter)
- VW (durch Hitler persönlich „gegründet“)
- Hanns-Eberhard Schleyer (Sohn eines ehemaligen SS-Offiziers)

Wie und in welcher Verbindung die Gewerkschaftsmitglieder zur Großindustrie stehen, das hatte uns zuletzt Zwickel gezeigt, welcher für sein kriecherisches Wohlverhalten mit Millionen Euro abgefunden wurde (Vodafone).

**Über die DEUTSCHE BANK gibt es die sog. „OMGUS-Reporte“, eine Untersuchung nach dem Kriege, in welcher empfohlen wurde, die Deutsche Bank zu zerschlagen und ALLE Deutsche-Bank-Manager als Kriegsverbrecher anzuklagen und zu verurteilen.**

Nun mag es vielleicht dem einen oder anderen ein wenig weit hergeholt sein, aber Zweierlei fällt trotzdem auf: Die frappierende **Ähnlichkeit der Hartz - Zwangsgesetze mit den Reichsarbeitsgesetzen des III. Reiches und die personellen Verschränkungen der Hartz-Kommission und den Nachfolgern des III. Reiches bzw. dessen Nutznießern und Hitlers ehemalige Finanziers.**

## Das System der Ein-Euro-Jobs ist mit dem Reichsarbeitsdienst vergleichbar

Der Freiwillige Arbeitsdienst hatte sich seit 1926 zur Erfüllung gemeinnütziger Aufgaben aus der Arbeit unterschiedlicher Jugendorganisationen entwickelt. Innerhalb weniger Monate gelang es Hierl, die kirchlichen, parteipolitischen und sonstigen Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes auszuschalten und seine Gleichschaltung... herzustellen. Im Juli 1934 wurde Hierl zum „Reichskommissar für den Arbeitsdienst“ ernannt. Dann zogen die Nazis die Zügel weiter an: Der Reichsarbeitsdienst war seit 1935 eine staatliche Einrichtung, durch die alle Jugendlichen ab 18 Jahre zu einem sechs Monate dauernden Arbeitseinsatz und zum Lagerleben mit militärischer Disziplin verpflichtet wurden.“ (Aus „Begriffe aus der Zeit der Gewaltherrschaft 1933-1945“, Handbuch rororo 1992 von Kramer und Bartsch, Seite 158)

Schon 1931, als die Arbeitslosenstatistik fast fünf Millionen Erwerbslose (!) auswies, wurde der „freiwillige“ Arbeitsdienst auf eine staatliche Ebene gehoben. Die am 5. Juni 1931 von Präsident Hindenburg und Kanzler Brüning erlassene diktatorische „Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“, eine der Notstandsverordnungen jener Zeit, sah den Abbau der Tariffreiheit, die Herabsetzung der Bezüge der Staatsbeschäftigten und der Leistungen der Arbeitslosenversicherung vor, es gab

Erhöhungen der Massensteuern und Steuervergünstigungen für Unternehmer und die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

In einem von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Werk wird die Verklammerung von Weimarer und Nazi-Politik auf dem Gebiet des Arbeitsdienstes so beschrieben:

“Auf der Arbeitslagerbewegung bündischer Studenten in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg aufbauend, hatte bereits die Regierung Brüning 1931 zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit einen freiwilligen Arbeitsdienst eingerichtet. Von der Regierung Hitler wurde diese Einrichtung übernommen. Bereits 1934 wurde die Arbeitsdienstpflicht für Studenten eingeführt, die Zulassung zum Studium davon abhängig gemacht, dass vorher der Arbeitsdienst geleistet worden war.” (aus “Schlaglichter der deutschen Geschichte”, Bonn 1990, S. 277).

Der Kapitalismus “befreite” die arbeitenden Menschen von der Last feudaler Ausbeutung. Diese Freiheit der Arbeitskraft war ein fortschrittlicher Aspekt. Der Faschismus hob diese Freiheit der Arbeitskraft in der kapitalistischen Entwicklung wieder auf. Wenn heute Politiker ungestraft von Arbeitspflicht - von Zwangsarbeit also - reden, zeigt dies den Stand dieser Gesellschaft offenkundig.

Steht nicht einer Wiederholung dieser Entwicklung in der heutigen Krise des Kapitalismus noch immer das Grundgesetz entgegen? Wir haben zwar das Grundrecht, “Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.” Weiter heißt es in diesem Artikel 12 Grundgesetz: “Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht. Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.”

Und Artikel 24 der Landesverfassung von NRW lautet: “Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit. Der Lohn muss der Leistung entsprechen und den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familien decken. Für gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung besteht Anspruch auf gleichen Lohn, das gilt auch für Frauen und Jugendliche.”

Hartz IV mit der Zwangseinweisung von 600.000 Langzeitarbeitslosen in Ein-Euro-Jobs und ansatzweise auch die Zumutbarkeitsregeln, nach denen bei Strafe des Geldentzug jede Arbeit angenommen werden muß, bedeutet demnach die grundgesetzwidrige

Arbeitsdienstpflicht?

So ist es. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, dieses Prinzip gilt nicht mehr, die Tariffreiheit wird ange-tastet. Vorrang hat nicht die Freiheit des Individuums und der Schutz der Arbeitskraft, sondern die Profitwirtschaft. Vorrang haben die Forderungen der reaktionärsten Kräfte des Kapitals. Zugleich wird die Arbeitsmarktstatistik bereinigt: Es gibt nicht mehr Arbeitsplätze, aber weniger Arbeitslose in der Statistik. Da ist er also wieder, der Arbeitsdienst. Aber verbietet sich nicht der Begriff “Zwangsarbeit”?

Allerdings, denn das war das Sklavenhalterprogramm der Nazis im Kriege. Zwangsarbeit ist laut Grundgesetz Artikel 12 nur durch Gerichtsbeschluss zulässig. Der moderne Arbeitsdienst allerdings sieht so aus: In Dortmund beispielsweise sollen 4000 Langzeitarbeitslose eine Parklandschaft zum Ruhme des Oberbürgermeisters gestalten.

Bisher hat die Regierung ein “Pflichtjahr als verfassungswidrig eingestuft, weil Zwangsarbeit verboten ist”, schrieb die Frankfurter Rundschau am 19.8.04. Das soll nun anders werden.

#### **Womit haben wir künftig zu rechnen?**

Was gesamtgesellschaftlich zumutbar ist, erklärte schon vor einiger Zeit der Mitautor der Verteidigungspolitischen Richtlinien Oberst Ralph Thiele, Chef des Bundeswehr-Think-Tanks “Zentrum für Analysen und Studien” (ZAS) in Waldbröl: Die Integration von Wehrdienst, Zivildienst und lebenslange geschlechterübergreifende Dienstpflicht. Den Wehrpflichtigen möchte der Oberst unbedingt entsprechend seiner Qualifikation - “unabhängig von seinem Alter” - einsetzen; neue “Miliz- und Reservistenkonzeptionen” sollen gefunden werden. “Ohne die zivilen Spezialisten stehen auch die Streitkräfte mit ihren Aufgaben auf verlorenem Posten. Gegenseitige Kooperation und Integration ist die Voraussetzung für Sicherheit von morgen.” Daher werde “in Zukunft nur derjenige als Wehrpflichtiger, unabhängig von seinem Alter, für die Streitkräfte interessant sein, der in einem speziellen Gebiet über eine Expertise verfügt, die die Streitkräfte in einer bestimmten Situation für einen begrenzten Zeitraum benötigen. (...) Damit wird die künftige Wehrform eine Mischung von militärischen Spezialisten und gesellschaftlich verfügbaren Bürgern mit Spezialwissen.” (aus: Information für die Truppe, 3/2002, S. 24) Also: Der 50jährige Professor leistet seine Dienstpflicht, bis die neue Chemiewaffe fertig ist? Jedenfalls: “Der Kampf um gebildete Menschen wird deshalb schärfer geführt werden,” heißt es abschließend bei Thiele.

### Vor 60 Jahren:

1. – 3. Februar 1947: in der westfälischen Bergarbeiterstadt Ahlen wurde das "Ahleener-Programm" beschlossen

## Das Ahleener Programm der CDU das "Ende des Kapitalismus"

Die Gründer der CDU sprachen sich in den "Kölner Leitsätzen" für einen "wahren Sozialismus", für "soziale Gerechtigkeit" aus. Die menschliche Arbeit müsse als "sittliche Leistung, nicht aber als bloße Ware" gewertet werden. Eine "großangelegte Arbeitsbeschaffung" und der "Aufbau der Gewerkschaften" sei zu sichern. Und wörtlich im Punkt 11 der "Leitsätze":  
*"Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen."*

### Warum konnte sich die CDU/CSU nach 1945 durchsetzen?

Die herrschenden reaktionären Kreise in den damaligen Westzonen Deutschlands waren durch die Niederlage des Faschismus zwar empfindlich geschwächt, aber nicht überwunden. Die Parteien, die Wegbereiter des Faschismus waren, sie waren diskreditiert und in der Bevölkerung isoliert. Das Großkapital brauchte aber eine Partei, um die Grundlagen seiner Macht zu retten, die Enteignung der Monopole und des Grundbesitzes zu verhindern. Eine solche Partei sahen die maßgeblichen großkapitalistischen Kreise vor allem in der CDU. In dieser Partei sammelten sich die Hauptkräfte des Monopolkapitals und insbesondere dessen konservativ-reaktionären, nationalistischen und militaristischen Kräfte. Es fanden sich hier die Vertreter des rechten Flügels des Weimarer Parteiensystems, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutsch-Nationalen Volkspartei und nicht zuletzt auch Teile der faschistischen NSDAP zusammen. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß insbesondere, in der CDU, zunächst auch zahlreiche demokratisch und humanistisch orientierte Christen und Antifaschisten mitwirkten. Sie verloren jedoch sehr bald an Einfluß, traten aus der Partei aus oder wurden ausgeschaltet.

Die CDU/CSU war zugleich auch ein wichtiges Instrument der imperialistischen Besatzungsmächte. Ihrem Wesen nach waren CDU und CSU von Beginn an antinationale Parteien, weil sie im Bündnis mit den Westmächten, die ihre Besatzungszonen in ein antisowjetisches Bollwerk verwandelten, die günstigsten Bedingungen sahen, um den Einfluß des deutschen Imperialismus zu erhalten. Mit massiver US-amerikanischer Rückendeckung konnten CDU/CSU ihren Masseneinfluß erweitern und aus der Bundesrepublik einen Staat machen, der bewußt die verhängnisvolle Kontinuitätslinie des alten deutschen Imperialismus fortsetzte.

Die Leiden des Krieges und das ungeheure Nachkriegselend hatten die Empfänglichkeit größerer Teile der Bevölkerung für religiöse Ideen verstärkt. Der geschickte demagogische Mißbrauch religiöser Gefühle und Empfindungen trug wesentlich dazu bei, der CDU/CSU eine Massenbasis zu verschaffen. Sie konnte sich von vornherein auf einen umfangreichen und wirksamen Apparat des politischen Klerikalismus stützen.

Während die sozialistischen und vor allem die kommunistischen Kader - soweit sie nicht von den Faschisten physisch vernichtet waren - aus den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und der Emigration einzeln und zu unterschiedlichen Zeiten zurückkamen und in den westlichen Besatzungszonen mit dem Verbot der politischen Betätigung empfangen wurden, war dies bei den Kirchen und ihren Einrichtungen völlig anders.

Im Gebiet der späteren Bundesrepublik gab es rund 8.500 katholische Pfarreien und über 2.000 sonstige Seelsorge-Bezirke. Rund 14.000 katholische Weltgeistliche, rund 1.000 Ordensgeistliche und etwa 4.500 sonstige katholische Geistliche und viele tausend Geistliche aus den rund 9.000 katholischen Klöstern kamen jetzt als Hilfskräfte für die Unterstützung der CDU/CSU zum Einsatz.

Nach dem Mißbrauch solcher Begriffe wie "Arbeiterpartei", "National" und "Sozialismus" mußte jetzt das Wort "christlich" dazu herhalten, um die reaktionären Absichten des Großkapitals unter neuen Bedingungen fortzusetzen. Man fühlt sich an die Überlegungen der Nazis bei der Namensgebung für ihre Partei erinnert...

Die neue Partei des Großkapitals bewies in der Nachkriegszeit ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit. Um ihren Einfluß zu erhalten und ihren Spielraum zu erweitern, versuchte sie sich auch an die Spitze der antikapitalistischen Bewegung zu setzen. Dies aber mit dem Ziel, um ihr die Orientierung zu nehmen.

Hier hat insbesondere das AHLENER PROGRAMM vom 3. Februar 1947 mit der Bezeichnung "Neuordnung der industriellen Wirtschaft" eine große Bedeutung. Eine wesentliche Kernaussage lautet:

*"Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein."*

Und weiter:

*"Die Zeit vor 1933 hat zu große Zusammenballungen industrieller Unternehmungen gebracht. Diese bekamen dadurch einen monopolartigen Charakter. Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar. Wenn der Aktienbesitz der großen industriellen Unternehmungen, abgesehen von wenigen Ausnahmen, wie z.B. Krupp, auch stark gestreut war, so wurde doch die Zusammensetzung des Aufsichtsrates und Vorstandes infolge der Vertretung der zahlreichen Aktionäre durch wenige Banken von einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Personen bestimmt. Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht."*

Das Programm sprach sich für die Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisenschaffenden Großindustrie aus wie für das Recht der Arbeiter auf Mitbestimmung in den Fragen der wirtschaftlichen

Planung und sozialen Gestaltung.

Die wesentlichen Gründe, die zum Ahlener Programm führten, erklären sich aus den politischen Kräfteverhältnis nach 1945 und dem Zwang zur Anpassung an die neue Situation. Es muß aber erwähnt werden, daß die positiven Aussagen des Ahlener Programms auch der Meinung vieler ehrlicher Parteimitglieder entsprachen.

Meyers, der spätere CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen: *"Das Ahlener Programm war ein Programm dazu ausersehen, den Sozialismus zu verhindern."*

Die Mitgliederzahl der CDU/CSU erreichte in den Westzonen 1946/47 beträchtliche 400.000. Sie lagen jeweils bei den Wahlen an erster bzw. zweiter Stelle.

Tatsache ist aber, daß nicht nur die SPD, sondern auch CDU/CSU bei diesen Wahlen als antifaschistisch-demokratische Parteien mit antikapitalistischer Ausrichtung vor die Wähler traten.

Es ging der CDU/CSU darum, sich mit allen Mitteln über den Stimmzettel eine starke Position, nach Möglichkeit die Mehrheit in den Vertretungskörperschaften zu sichern und dabei die antifaschistisch-demokratische Front aufzuspalten, Verwirrung zu stiften, demokratische Aktionen zu untergraben, soziale Illusionen zu verbreiten, die Massen zu beruhigen, hinzuhalten und von den Lebensfragen abzulenken.

Das erforderte keine offene und direkte Verteidigung des Monopolkapitalismus, keine offene Frontstellung gegen antifaschistisch-demokratische Zielstellungen.

Zum Schein stellte man sich sogar an die Spitze antifaschistisch-demokratischer Ziele/ bzw. Bestrebungen, entschärfte und verfälschte diese und jene Forderungen, propagierte untaugliche Mittel und alleinseligmachende Wege, um politische Frontstellungen aufzureißen und einen Zusammenschluß des Volkes zu vereiteln. Man stellte wirkliche oder scheinbare Hindernisse heraus, die einer Verwirklichung von Programmforderungen entgegenstanden und produzierte Schwierigkeiten.

Das "Ahlener Programm" war also nichts als ein Trick der bisherigen Machthaber. Von daher ist es völlig unangebracht, den heutigen Kumpanen der Filbingers, Oetingers usw. dieses "Programm" mit moralisch erhobenem Zeigefinger unter die Nase zu reiben - die haben höchstens eine "klammheimliche Freude" über so viel Naivität.

aus: Arbeit-Zukunft

www.arbeit-zukunft.de/index.php/item/639

## Statt 5 Milliarden für Unternehmenssteuerreform 2,8% Rentenerhöhung!

Stolz hat sich jetzt Bundesarbeitsminister Münterfering (SPD) vor die Presse gestellt und verkündet, dass die Rentner dieses Jahr eine "Erhöhung" von 0,54% erhalten. Großspurig meinte er: "Das sind umgerechnet auf ein volles Jahr 1,2 Milliarden, die zusätzlich an die Rentnerinnen und Rentner fließen."

Hofft er, dass alle an Gedächtnisschwund leiden?

Denn noch vor wenigen Tagen hat das Bundeskabinett von Angela Merkle (CDU) beschlossen, dass es für die Unternehmer eine Steuerreform gibt, die diesen 5 Milliarden Erleichterung bringen wird. Und das ist ja nicht die erste Unternehmenssteuerreform!

Für die Reichen ist immer Geld da!

Bei den Arbeitern, Angestellten, Frauen, Bauern, Bildung, Arbeitslosen usw. wird dagegen ständig gekürzt:

- \* Durch Sozialabbau!
  - \* Durch Steuererhöhungen wie bei der Mehrwertsteuer!
  - \* Durch Studiengebühren!
  - \* Durch 1-Euro-Jobs und Zwangsarbeit!
  - \* Durch die Gesundheitsreform, die bei gleichzeitigen Leistungseinschränkungen viel kostet!
  - \* Dazu kommen Entlassungen, Lohnkürzungen, Mehrarbeit ohne Bezahlung usw. usf.!
- Damit muss Schluss sein!

Die Propagandalüge von der Rentenerhöhung zeigt, was los ist! Denn die 0,54% sind keine Erhöhung. Durch höhere Krankenkassenbeiträge sind die Renten sowieso gesunken. Hinzu kommt, dass die Renten faktisch dadurch, dass sie über mehrere Jahre nicht erhöht wurden, durch die Inflation gesunken sind. Und auch dieses Jahr wird eine "Erhöhung" von 0,54% deutlich unter den erwarteten 2-3% Inflation liegen.

Wir lassen uns doch nicht für dumm verkaufen! Oder für wie blöd halten die da oben uns?

Deshalb sollten jetzt alle zusammenstehen! Es geht nicht allein um die Rentner! Es geht um alle! Und

langfristig werden alle etwas davon haben, wenn die Renten jetzt erhöht werden. Jeder geht mal in Rente.

Wir müssen zeigen, dass wir nicht zulassen, wie immer einzelne Gruppen herausgegriffen werden, verhöhnt und erniedrigt, heruntergedrückt werden. Denn dann kommen die nächsten dran. Mal sind es die Rentner, mal die Arbeitslosen, mal die Studenten, mal die Kranken...

Deshalb heißt es diesmal: Zusammenstehen!

Fordern wir alle gemeinsam:

Keine Unternehmenssteuerreform!

Die 5 Milliarden, die den Unternehmern geschenkt werden sollen, sollen für eine Rentenerhöhung verwendet werden!

6,2 Milliarden Gesamtsumme machen dann 2,8%.

Bitte diesen Aufruf unterstützen und weiterlei-



## Dem Gegner darf man gar nichts schenken auch nicht die Sprache!

Ob die Faschisten im 2. Weltkrieg nach einer verlorenen Panzerschlacht nicht etwa von einem Rückzug sprachen, sondern von einer "Frontbegradigung", oder ob die Unternehmerverbände mitsamt ihren Parteien nicht etwa von Sozialdemontage sprechen, sondern von "Konsolidierung der Sozialfinanzen". Es war zwar deutsch, doch kein Klartext; das beweist, dass Sprache durchaus klassengebunden eingesetzt wird. Die klassengebundene Kapitalistensprache sieht dabei dem zum Verzweifeln ähnlich, was im Klartext LÜGE heißt!

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) führte ihre Mitgliederversammlung durch, lobte die Regierung und sich selbst, tadelte die Gewerkschaften, verbog Logik und Sprache.

Einige Kostproben: "Verringerung bürokratischer Hemmnisse" - Klartext: Abbau von Schutzrechten für Jugendliche und Schwerbehinderte usw.

"Mehr Leistungsgerechtigkeit der Steuerpolitik" - Klartext: Schwerverdiener bezahlen weniger Steuern und sollen noch weniger bezahlen.

"Spürbare Ertragsverbesserungen" - Klartext: Noch niemals waren die Profite so hoch wie heute.

"Markwirtschaftliche Beschäftigungspolitik" - Klartext: Es herrscht Massenarbeitslosigkeit, und das soll auch so bleiben, weil dann die arbeitenden Menschen besser gegeneinander ausgespielt werden können.

Ein wichtiger Punkt in dieser (schon fast Gauner-) Sprache: flexible, variable, differenzierte, individualisierte Arbeitszeit in den Betrieben. Schiebt man diesen Sprach-Schnickschnack beiseite, wird die Sache klar: Die Unterneh-

mer wollen die Arbeitskraft noch besser verwertbar machen, den Menschen mehr an den vom Profitdenken bestimmten Betriebsablauf binden, mehr aus ihm herausholen, die Gewerkschaften draußen vorhalten und aus kollektiv abgeschlossenen Tarifverträgen Konfetti machen.

**Es ist Klassenkampf nicht nur der Sprache. Dem Gegner darf man als Arbeiter nichts schenken weder die Sprache noch die von der Arbeiterbewegung hart erkämpften sozialen Zugeständnisse.**

Noch ein paar "schöne" Beispiele für den Reichtum der deutschen Sprache an blumhaften Ausdrücken und den Einfallsreichtum der Kapitalisten, wenn es darum geht, uns etwas Negatives als etwas Positives aufzuschwatzen:

"Personen-Neutralisierung" = Ermordung politischer Gegner

"Hauseindringungsvorrichtung" = Einsatz eines Brandsprengsatzes

"Körperliche Befragungstechnik" = Folter

"Finaler Rettungsschuß" = Spiel mir das Lied vom Tod...

"Westliche Werte" = Kapitalistische Ausbeutung



# Wie Räuber ihre Opfer dankbar machen

## DAS GRUNDMUSTER DER KAPITALISTISCHEN SOZIALPOLITIK

Wenn eine Familie von einer dreiköpfigen Räuberbande überfallen wird und ein Bandenmitglied unter wilden Drohungen die Herausgabe des Familienschmucks, sämtlicher Wertpapiere und allen Bargeldes verlangt, danach das zweite Bandenmitglied beruhigend eingreift mit der Versicherung, man verzichte auf den Schmuck, aber die Wertpapiere und das Bargeld müßten sofort auf den Tisch, schließlich das dritte Bandenmitglied sich tröstend einschaltet mit dem Versprechen, die Familie könne auch die Wertpapiere behalten, sofern sie nur schnell das Bargeld herausricke - dann wird sich die Familie voller Dankbarkeit, noch einmal vom Schlimmsten verschont geblieben zu sein, von ihrem Bargeld trennen.

Nach diesem Muster macht die Regierung Sozialpolitik. Ähnlichkeiten in den Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaft - Kapitalisten sind unverkennbar.

Ein Politiker droht, die Rentenanpassung erneut um ein halbes Jahr zu verschieben. Die erschreckten Rentner danken dem zuständigen Minister, daß er die termingerechte Erhöhung durchsetzt. Daß sie viel

niedriger ausfällt, erscheint noch als kleineres Übel. Wenn dann der erste Schreck über die schlimmen Drohungen und damit die Dankbarkeit für die nicht ganz so schlimmen Taten nachläßt, denkt irgendein Unionsabgeordneter (oder auch von einer anderen Partei) privat, aber lauthals darüber nach, (in den "freien" Medien), daß die sozialen Errungenschaften der "Wirtschaftswunderzeit" eigentlich allesamt nicht in unsere Krisenzeiten passen. Und schon erscheinen, im Vergleich zu solchen Untaten, die Kabinettsbeschlüsse wieder als Wohltaten.

Da ist die Empörung groß über die "Rente ab 67" und Widerstand regt sich (und wird von der Gewerkschaft in harmlose Bahnen kanalisiert) - prompt denkt ein CDU-Mißfälltmir öffentlich und laut über eine "Rente ab 70" nach. Was denn? Rente schon ab 67 - da haben wirja noch einmal Glück gehabt!

Dem Arbeiter wird mit Schlägen auf die rechte und auf die linke Wange gedroht, damit er wenigstens eine von beiden freiwillig hinhält und aus Dankbarkeit über den ausgebliebenen den ausgeteilten Schlag vergißt.

## Das Ende des Zionismus?

Das wäre zu schön, um wahr zu sein. Allerdings, einige Schwierigkeiten gibt es derzeit offenbar für das Regime der Zionisten. Der Staat Israel ist von Anfang an auf Gewalt aufgebaut, er kann nur überleben durch massive finanzielle Unterstützung vor allem aus den USA und durch Nachschub von Menschenmaterial aus anderen Ländern, in letzter Zeit vor allem aus Osteuropa. Da es sich hierbei in den meisten Fällen um Menschen handelt, die ihre Schul- und Berufsausbildung in ihren Heimatländern bekommen haben, spart er Zionistenstaat auch diese Kosten. Die Bundesregierung trägt dazu bei, das Überleben der Zionisten zu ermöglichen. So hat sie in den letzten Jahren die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß zahlreiche nach dem Zusammenbruch des Perestrojka- und Glasnost-Staates nach Deutschland eingewanderte "Aussiedler" nach Israel weiterzogen. Die

"Jewish Agency", die Schlepperorganisation jüdische Einwanderer nach Israel, hatte es vor etwa zwei Jahren erreicht, daß die Bundesregierung die Aufnahmebedingungen für jüdische Zuwanderer in Absprache mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland verschärfte.

Der Erfolg blieb jedoch aus. Im Jahre 2006 erreichte die Einwandererzahl nach Israel den tiefsten Stand seit 18 Jahren und für dieses Jahr wird damit gerechnet, daß weniger Juden einwandern als in ihre alte osteuropäische Heimat wieder auswandern. "Die zionistische Idee ist tot", kommentiert eine bürgerliche Zeitung. Wäre es so, so könnten die benachbarten arabischen Völker endlich aufatmen und auf ein Leben in Frieden hoffen und nicht einen Tod in Bombenhagel befürchten müssen. Wir fürchten nur, die Freude kommt zu früh!

## Verhindert den US-Israelischen Atomschlag gegen den Iran!

### Stoppt die Kriegspolitik der Bundesregierung!

Der Rohstoff-Imperialismus der USA bedroht zunehmend ganz Mittelasien. Sogar Indien wird jetzt mit der Einstellung der Nuklearhilfe durch die USA gedroht, falls eine Gas-Pipeline von Iran über Pakistan nach Indien gebaut werden sollte.

Um die Herrschaft über die Lagerstätten fossiler Energieträger (Erdöl, Erdgas) zu erlangen, werden vom US-Imperialismus gezielt Religions- und Nationalitätenkonflikte geschürt. Man streicht sogar Gruppen wie die so genannten Volksmudschahedin von der Terrorliste, denn jetzt sind sie ja "unsere" Terroristen. Wie schon im irakisch-iranischen Krieg der 80er Jahre, wie schon zuvor Saddam Hussein unterstützen bzw. organisieren die USA angebliche arabische, aserbajdschanische, belutschische usw. "Befreiungsfronten", um die Regionalmacht Iran zu zerschlagen. Die tatsächlichen Widerstandskämpfer gegen diktatorische Regime wie im Iran, in der Türkei und in anderen Ländern werden dagegen als "Terroristen" verunglimpft.

Zum ersten Mal seit dem atomaren Völkermord in Hiroshima und Nagasaki wird von der Bande um die Herren Bush und Cheney wieder offen vom Einsatz von Atomwaffen, verharmlosend als Mini-Nukes, gesprochen. Der US-Imperialismus nimmt die Zerstörung ganzer Weltregionen in Kauf, um seine Stellung als alleinige Supermacht behaupten zu können.

Umso empörender ist es, dass die Bundesregierung am schwarzen Freitag, den 8. März, die Verstärkung des Entlastungskrieges in Afghanistan durch den Einsatz von Tornados in ganz Afghanistan beschlossen hat. Und schon verlangen jetzt die USA, Großbritannien, Kanada und Australien auch den Einsatz deutscher Bodentruppen im Süden Afghanistans. Für den Einsatz in Afghanistan leistet sich die sonst auf Kosten der Bevölkerung so sparsame schwarz-rote Bundesregierung stolze 35 Milliarden Euro.

Wie immer wird in dieser so genannten Demokratie die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung missachtet. Laut einer Umfrage sind 77% der

Deutschen gegen einen Afghanistan-Einsatz. Wir haben mit ihnen sonst kaum etwas gemeinsam, aber hier unterstützen wir die Position von Lafontaine, von den Abgeordneten Wimmer (CDU) und Gauweiler (CSU), dass die Kriegspolitik der Merkel/ Müntefering-Regierung verfassungswidrig, völkerrechtswidrig und verbrecherisch ist.

Sowohl in Palästina wie im Irak und in Afghanistan werden von den Besatzer-Armeen andauernd die Genfer Konventionen gebrochen, u. a. mit Geiselnahmen von Kindern als Schutzschilde wie jüngst in Nablus und mit unzähligen Folterungen und Massaker an Zivilisten.

Aber mit jeder Ausweitung der Aggression wird der Imperialismus weiter in den Sumpf geraten. Unterstützen wir den Widerstandskampf im Irak gegen die US-Besetzer und ihre einheimischen Handlanger! Wir befürworten nicht alle Widerstandsaktionen im Irak, aber eins ist für uns klar: selbst die reaktionärste Widerstandsgruppe im Irak trägt im Augenblick dazu bei, einen militärischen Überfall der US-amerikanischen Mächtegern-Weltbeherrscher und ihrer Kumpane zu verhindern. Der Widerstand im Irak steht im Augenblick an vorderster Front im Kampf zur Verteidigung auch unserer Freiheit!

Der Kampf gegen das globale Kapital wird sich verstärken und die Menschen werden über eine alternative Gesellschaftsordnung, den Sozialismus und Kommunismus nachdenken.

**Nieder mit dem imperialistischen Krieg!**  
**Die Arbeiter müssen die Macht haben!**  
**Vorwärts zum Sozialismus!**



## Der Hungertod heißt Hartz IV

Ein psychisch kranker Hartz IV-Empfänger ist in Speyer verhungert. Er hatte nicht auf die Behördenbriefe reagiert und so den erbarmungslosen Mechanismus bis zur Leistungsstreichung in Gang gesetzt. Letztendlich wurden alle Leistungen gestrichen.

Man kann es sehr hart ausdrücken: Das Gesetz, das als Hartz-IV bekannt ist, trägt nicht nur den Namen eines rechtskräftig verurteilten Straftäters, sondern kann auch zum Tode führen. Der Hungertod ist letztendlich die Quintessenz der sozialpolitischen Umbau-Maßnahme. In Speyer konnte Hartz-IV auf grausige Weise seine finale Logik beweisen: Ein 20jähriger Arbeitsloser wurde am Sonntag, 15. April, verhungert in der Wohnung seiner Mutter aufgefunden. Die 48-jährige Frau selbst wurde mit Mangelerscheinungen in eine Klinik eingeliefert. Der stark abgemagerte arbeitslose Sohn hatte offensichtlich seit Monaten keine ausreichende Nahrung zu sich genommen, als Todesursache wurde Herz-Kreislaufversagen festgestellt. Beiden war von der zuständigen "Gesellschaft für Arbeitsmarktintegration" (GfA) vor vier Monaten das Arbeitslosengeld II gestrichen worden. Die Mutter hatte angegeben, sie hätten nicht mehr genug Geld gehabt, um Lebensmittel zu kaufen.

Dass in Deutschland Arbeitslose an Hunger zugrunde gehen, hat es zuletzt in den Jahren der Weltwirtschaftskrise um 1930 und vielleicht in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegeben.

Hartz IV hat das Prinzip der Fürsorge durch das Prinzip der bürokratischen Verwaltung ersetzt. Wer sich nicht um sich selbst kümmert, um den kümmert sich amtlich keiner mehr. Der Sozialhilfebezug hätte für das 20-jährige Todesopfer aus Speyer vielleicht die Chance einer Hilfestellung durch den zuständigen Sozialarbeiter bedeutet. Hartz IV aber bedeutete für ihn nur eine Serie von papierernen Bescheiden - bis zum Tod.

**Dieser Fall ist bestimmt nur die Spitze des Eisberges. Wie viele haben sich das Leben wegen Hartz IV genommen, wurden krank, psychisch oder wurden "kriminell", um zu überleben. Weil du arm bist, musst du früher sterben - aktuell wie immer im Kapitalismus.**

Ein INFO-Leser und Aktivist gegen Hartz IV aus Potsdam schrieb dazu:

“das darfst du als gewiss annehmen, dass das die spitze des Eisberges ist. es ist kaum zu glauben, wie schnell die arge-bediensetzten einem hartzgebeutelten den Geldhahn zudrehen. ich rede aus Erfahrung.

meinen persönlichen fall möchte ich hier nicht vortra-

gen, das würde zu weit führen. und es würde damit enden, dass ich mal wieder ne schlaflose Nacht zubringe, aber ich bin „ICH-AG“ und meine Frau ist hartz und diese Teufel zaubern aus einem Hut, wir hätten plötzlich 7000 €schulden.

du hast recht gehört: 7000!

sie schreiben uns 50 Seiten lange Briefe. sie bombardieren uns. sie stützen sich auf ihre Beweislastumkehr, sie verbiegen Wahrheiten, sie behaupten, meine Frau würde seit 6 Jahren in einer Firma arbeiten, bei der sie mal angestellt war und in der sie ungekündigt in einem Pool (Schmutzpool) weiterläuft.

sie sperrten den Geldhahn, obwohl wir 5 Kinder haben meine Frau hob vom Sparbuch versehendlich 1000 € ab, sie buchte sie nach nur einer Minute wieder rauf - die arge deklarierte das Geld als gewinn und strich es ein.

sie forderten bei mir in meiner „ICH-AG“ an die Krankenkasse geleisteten Doppelleistungen zurück - immer alles vor dem Hintergrund der Beweislastumkehr (es sind einfach Schweine!)

ich könnte noch weiter erzählen

wir haben einen Rechtsanwalt in den ring geschickt.”

**KOLLEGIN ! KOLLEGE !  
UNTERSTÜTZ DEINE PARTEI, DIE  
KPD/ML !  
UNTERSTÜTZE DEN WEITEREN  
AUFBAU DEINER ZEITUNG  
ROTER STERN  
SCHREIB UNS ÜBER DEIN LEBEN IM  
KAPITALISMUS,  
ÜBER DIE AUSBEUTUNG AM  
ARBEITSPLATZ,  
ÜBER DEINE ERFAHRUNGEN MIT DER  
WOHNUNGSNOT,  
MIT DEN STEIGENDEN PREISEN,  
ÜBER DIE KÄMPFE DAGEGEN !  
KEINE ANGST VOR DEM SCHREIBEN !  
ROTER STERN  
IST KEINE ZEITUNG FÜR LITERATEN,  
SONDERN  
EINE ZEITUNG VON UND FÜR  
WERKTÄTIGE !**

## Muttertag

Es begann schon am Freitag. Zu Schichtbeginn grüßte uns der Meister mit einem überdimensionalen Lächeln. Fast hätte er uns die Hand geschüttelt. Wir trugen es mit Fassung. Noch. Als er dann aber eine Kollegin, der es nicht gut ging, nach Hause schickte und sich selbst an ihren Arbeitsplatz setzte ("Damit Sie keinen Lohnverlust erleiden"), fingen die ersten an, sich gegenseitig in den Arm zu kneifen.

Dann kam die Betriebsversammlung. "Weil Muttertag ist...", begann der Chef, und dann kam es Schlag auf Schlag: "...hat die Geschäftsleitung beschlossen, daß ab sofort die Schwangerschafts- und Mutterschaftsbestimmungen strikt eingehalten werden. Meister Müller, in dessen Abteilung im letzten Monat drei Fehlgeburten vorkamen, wird entlassen. Fristlos selbstverständlich. Noch im Mai wird der Betriebskindergarten unserer Firma eröffnet. Daß der Besuch kostenlos ist, versteht sich von selbst. Natürlich wird die Firma Ihnen ab sofort auch gerne freigeben, wenn Ihre Kinder krank sind - ohne Formalitäten und für Kinder bis zu 14 Jahren. Das gebietet uns allein schon unser Verantwortungsgefühl für die Kinder. Und wenn Sie zu Vorsorgeuntersuchungen müssen, dann melden Sie sich einfach beim Meister ab, und...und..."

Als wir schließlich aus dem Betrieb gingen - selbstverständlich nicht, ohne eine neue Arbeitsordnung erhalten zu haben, in der die Senkung der Akkordsätze und mehr Pausen, bessere Gesundheitsversorgung usw. festgehalten waren - standen vor dem Tor einige stadtbekannte Politiker. Sie verteilten Flugblätter. "Weil Muttertag ist..." Verkündet wurden Gesetze und Beschlüsse von Bundestag, Landtag und Stadtrat:

"1. Das staatliche Kindergeld wird erhöht. Begründung: Kein Kind kann von diesen geringen Kindergeld im Monat ernährt und gekleidet werden. 2. Es werden so viele Kinderkrippen und Kindergärten gebaut, daß jedes Kind einen Platz bekommen kann. Die Öffnungszeiten werden geändert. Nulltarif wird eingeführt. 3. Es wird dafür gesorgt, daß mehr Ärzte zugelassen werden, mehr Krankenhäuser mit mehr Personal zur Verfügung stehen. Die ärztliche Versorgung und insbesondere die Vorsorge ist kostenlos. Begründung: Es ist ein Skandal, daß in unserem reichen Land die Kindersterblichkeit mit 2,5 Prozent

mit zur höchsten in der Welt gehört. Das muß geändert werden. Koste es, was es wolle. 4. Alle Lehrer sind sofort einzustellen. Berufsverbote werden verboten... 5. ... 6. ..."

Als wir - nur mühsam den Sinn dieser ungewöhnlichen Flugblätter begreifend - die Straße hinuntergingen, fielen uns bereits die Menschaufläufe vor den Geschäften auf. "Weil Muttertag ist..." Handgemalte Schilder waren es, die die Aufmerksamkeit der Menschen auf sich zogen. Vor allem vor den Geschäften für Kinderkleidung und Spielsachen. "Weil Muttertag ist, senken wir Geschäftsleute die Preise für Kinderkleidung", stand dort. Aber das war noch nicht alles. In den Schaufenstern für Kinderspielzeug klafften große Lücken. Das Kriegsspielzeug war verschwunden. Das verbliebene gute Spielzeug war mit schwindelerregend niedrigen Preisen ausgezeichnet. "An unseren Kleinen wollen wir keinen Profit machen", hatte jemand auf ein darüberhängendes Transparent gemalt. Auf die gleiche Idee waren auch die Besitzer der Selbstbedienungsläden gekommen. Frauen, die aus den Geschäften herauskamen, berichteten, daß die Süßigkeitenauslagen nicht mehr in Armhöhe von zwei- bis dreijährigen Kindern angebracht und sogar die Süßigkeitenkörbe vor den Kassen verschwunden seien.

Halb betäubt und voller Reue über mein bisheriges Mißtrauen, ja, meine Verachtung über die Frauen- und Kinderfeindlichkeit dieses Staates wankte ich nach Hause. Wie hatte ich nur glauben können, daß in dieser freiheitlich-demokratischen Grundordnung die Gleichberechtigung und die Fürsorge für die Mütter immer nur auf dem Papier stehen würde...

Inmitten dieser tiefsinnigen Gedanken ließ mich ein schauerliches, schrilles Geräusch zusammensinken... Fast wäre ich aus dem Bett gefallen... Und aus meinem Radiowecker erschallte die ölige Stimme der Morgenandacht. Sonntag. Muttertag. "Weil Muttertag ist, danken wir allen deutschen Müttern für ihren aufopferungsvollen Dienst für die Gemeinschaft. Mögen sie auch in diesen unruhigen Zeiten daran denken, daß Gott der Herr selbst ihnen ihren Platz gewiesen hat - in der Kirche, in der Küche und an der Seite ihrer Kinder..."

## Die Kampagne gegen ehemalige RAF-Angehörige richtet sich gegen alle antikapitalistisch eingestellten Menschen und Projekte

Christian Klar, Angehöriger der ehemaligen Roten-Armee-Fraktion (RAF), seit 1982 inhaftiert und 1985 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt, hat sich am 13. Januar mit einer kapitalismuskritischen Erklärung an die Teilnehmerinnen der Rosa-Luxemburg-Konferenz gewandt.

Er äußert die Hoffnung auf eine Entwicklung, "die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen."

Und weiter: "Es muss immer wieder betont werden: Schließlich ist die Welt geschichtlich reif dafür, dass die zukünftigen Neugeborenen in ein Leben treten können, das die volle Förderung aller ihrer menschlichen Potentiale bereithalten kann und die Gespenster der Entfremdung von des Menschen gesellschaftlicher Bestimmung vertrieben sind."

Erst der Bericht des ARD-Magazins "Report Mainz" am 26. Februar sorgte für dessen bundesweite Beachtung. Kurz darauf strich der baden-württembergische Justizminister Ulrich Goll (FDP) dem Gefangenen die vorgesehenen Hafterleichterungen - unter Verweis auf die Kapitalismuskritik. Zahlreiche Politikerinnen haben seitdem gefordert, Christian Klar müsse aufgrund seiner Gesinnung lebenslang hinter Gittern bleiben.

Hafterleichterung setzt also prokapitalistische Ansichten und Bekenntnisse voraus. Ein Gefangener, der nach über 24 Jahren Haft immer noch nicht politisch gebrochen ist und der es wagt, Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu äußern, scheint für diese Politiker nicht akzeptabel.

Diesen Politikern geht es um die völlige Unterwerfung des politischen Gefangenen; auch um öffentlich die Botschaft zu vermitteln: wer sich weigert vor der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung", vor dem Kapitalismus zu Knieen zu kriechen, wird kriminalisiert (erinnert sei an dieser Stelle an das KPD-Verbot 1956, an den Radikalerlass 1972 mit den Berufsverboten, an die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB 1973).

Die Kampagne gegen Christian Klar deutet an, wohin die Reise gehen soll. Sie richtet sich nur vordergründig gegen Christian Klar und andere ehe-

malige RAF-Anhänger, gemeint sind aber alle antikapitalistisch eingestellten Menschen und Projekte. Wir sind für die Freilassung Christian Klars. Wir kritisieren die Haftbedingungen, die gegenüber politischen Gefangenen in der BRD angewandt werden.

### Wir kritisieren aber auch die Politik der RAF

Als Anfang der 90er Jahre die Zusammenarbeit der RAF mit der Stasi bekannt wurde, war dies für viele eine große Überraschung. Helmut Pohl, RAF-Aktivist, zu lebenslanger Haft verurteilt, gab der "Frankfurter Rundschau" (2.7. 1991) im Gefängnis ein Interview, in dem er die Zusammenarbeit zwischen der Stasi und der RAF bestätigte. Die Kontakte bestanden Pohl zufolge zwischen 1979 und 1984 und beschränkten sich keineswegs darauf, daß die Stasi acht "Aussteigern" der RAF, nach denen in der BRD gefahndet wurde, Zuflucht gewährte und ihnen eine neue Identität verschaffte. Es wurden auch rege Informationen ausgetauscht: "Es ging dabei um die militärpolitische Auseinandersetzung in der politischen Situation der Stationierung, und wir waren interessiert, ein Bild von anderen Ländern zu kriegen, weil die DDR ja auch durch den Internationalismus viel über Länder der Dritten Welt wusste. Ihre Einschätzung interessierte uns. ...

Die Gesprächsteilnehmer der Stasi "wollten über die politische Entwicklung in der BRD was wissen... Sie haben uns gefragt: Wie denkt ihr darüber, wie schätzt ihr das ein. Sie hielten uns Flugblätter vor und fragten, was ist denn das." (Pohl)

### Militärische Ausbildung

Pohl nahm im Frühjahr 1982 nach seinen Angaben zusammen mit zwei anderen Mitgliedern der RAF an einer militärischen Ausbildung teil. Die Ausbilder kamen von der NVA.

Es stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage es zu einer Zusammenarbeit zwischen RAF und Stasi kommen konnte.

### Grundlagen der Zusammenarbeit

Warum wollte die RAF Kontakt zur DDR? Man könnte sagen, die RAF wollte einfach die Vorteile nutzen, die sich für sie aus einer solchen Zusammenarbeit ergaben.

Die RAF betrachtete den Stasi-Staat DDR als - zumindest potentiellen - Bündnispartner im anti-imperialistischen Kampf und überdies als "sozialistisches Land".

B. Mohnhaupt sagte dazu: "Zur politischen Wirklichkeit damals gehörte, dass es international und eben auch in den sozialistischen Staaten ein Interesse am Widerstand und revolutionären Kampf in den Metropolen gab, in Westeuropa, und so auch zu uns in der BRD - aus ihrem grundsätzlichen Interesse an allen militanten Kämpfen, überall auf der Welt."

Mohnhaupt unterstellte direkt ein "grundsätzliches Interesse" der Revisionisten an "militanten Kämpfen" gegen den Imperialismus überall in der Welt. Aber von welcher Art waren diese "Interessen", beispielsweise beim Eingreifen der Sowjetunion und Kubas in afrikanischen Ländern? Den eigenen Einflussbereich, die eigene Macht zu vergrößern. Dies störte die RAF nicht grundsätzlich, das Verhalten der Revisionisten wurde als "internationalistisch" und "antiimperialistisch" verklärt.

"Wir waren wahrscheinlich für sie manchmal so unerträglich wie sie für uns. Wenn es mal rauher zugeht, dann sagten sie, das ist halt die proletarische Art." (Pohl)

Bei einer solchen Familien-Idylle können einem geradezu die Tränen kommen!

Wie sieht es nun bezüglich der DDR-Führung aus?

Welches war ihr Interesse an der Zusammenarbeit mit der RAF? Immerhin haben sie und ihr Ableger in der Bundesrepublik, die DKP, stets in den schrillsten Tönen die wirklichen Kommunisten attackiert, weil diese tatsächlich von der Notwendigkeit ausgehen, den Imperialismus gewaltsam zu zerschlagen - wenn die Bedingungen dafür reif sind, versteht sich. Wie kommen die Revisionisten also zur Zusammenarbeit mit der RAF, die eine Gewalt praktiziert, die vom Kampf der werktätigen Menschen völlig losgelöst ist und diesem schadet?

Nun, Friedenstauben waren die Revisionisten bestimmt nicht. Sie hatten durchaus etwas für Ge-

walt übrig, wenn diese geeignet war, ihre eigene Macht zu erhalten und zu vergrößern. An eine revolutionäre Gewalt, die vom Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen für ihre ureigensten Interessen ausgeht, haben sie freilich nie gedacht, eine solche Gewalt haben sie nie für möglich gehalten und waren auch nicht daran interessiert. Sie haben überhaupt niemals daran gedacht, die Werktätigen für deren ureigenste Interessen zu mobilisieren. Sie haben die werktätigen Massen in Wirklichkeit verachtet. Sie sind davon ausgegangen, dass es einige "hervorragende Führer" sind, die "Geschichte machen", nämlich sie selbst. Den Werktätigen ist dabei lediglich die Rolle zugeordnet, als Manövriermasse der Führer zu dienen.

Entsprechend war ja auch die DDR aufgebaut: Entmündigung der Massen und Konzentration jeglicher Macht in den Händen des Politbüros der revisionistischen Partei (SED).

Und hier traf sich die Ideologie der Revisionisten mit der Ideologie der RAF: Auch die RAF geht ja davon aus, dass die Werktätigen zu dumm seien, für ihre eigenen Interessen einzutreten, daher müssten einige militante "Helden" die "Revolution" herbeibomben.

Auf dieser Grundlage versuchte die Stasi, die RAF für die Interessen der herrschenden Klasse der DDR zu nutzen. Diese herrschende Klasse der DDR hoffte auf eine Ausdehnung ihres Herrschaftsgebiets auf die BRD durch eine Verbindung militärischer Aktionen des Ostens mit individuell-terroristischen Handlungen im Westen.

Derartige Pläne der Revisionisten wie der RAF haben bzw. hatten nicht das Geringste mit den Interessen der Arbeiterklasse, haben nicht das Geringste mit einer Vorbereitung der proletarischen Revolution zu tun. Die proletarische Revolution ist nicht die Summe von individuellen Terrorakten, sondern das Handeln breiter Massen, die durch ihre Lebensbedingungen einerseits und den Terror der Bourgeoisie andererseits dazu gezwungen sind.

Die Gewaltanwendungen seitens der Revisionisten und der Terroristen schaden dem Klassenkampf, sind konterrevolutionär, und sie führen, wenn sie "erfolgreich" sind, nur zu einem Regime, in dem die Werktätigen von neuen Herren ausgebeutet und unterdrückt werden. Weder die Revisionisten noch die Terroristen haben mit den Interessen der Arbeiter etwas gemeinsam.

Die Zusammenarbeit von DDR-Revisionisten und RAF könnte für jenen Teil der westdeutschen Linken lehrreich sein, der sowohl für die einen als auch für die anderen offene oder versteckte Sympathien hat (für die DDR natürlich nostalgischer Art). Denn diese Zusammenarbeit macht deutlich, daß die Zielrichtung von beiden antiemanzipatorisch war, daß beide alles andere im Sinn hatten als die Selbsttätigkeit der werktätigen Massen.

*1977 hatte unsere Partei in einem Grundsatzartikel ihre Haltung zur RAF, zum Terrorismus dargelegt. (siehe: Roter Morgen, ZO der KPD/ML, Nr. 43/77)*

“Wie stehen wir Kommunisten zur Entführung und Erschießung Schleyers? Warum verurteilen wir die verbrecherische Flugzeugentführung des Lufthansajets mit Urlaubern aus Mallorca an Bord? Wie steht unsere Partei zur Taktik des individuellen Terrors?”

Diese und ähnliche Fragen sind nach den Ereignissen der letzten Wochen erneut bei vielen Menschen aufgetaucht. Nicht zuletzt deshalb, weil die Bourgeoisie mit ihrer Hetze gegen den “Terrorismus” systematisch versucht, uns Kommunisten nicht nur mit den Anhängern der Taktik des individuellen Terrors, sondern auch mit den Entführern der Lufthansamaschine in einen Topf zu werfen.“

### **.Neue Erkenntnisse nach dem Beitritt der DDR zur BRD**

Aussagen von in der DDR untergetauchten und 1990 festgenommenen ehemaligen Illegalen aus der RAF führten zu neuen Kronzeugenprozessen gegen RAF-Aktivistinnen. So wurde z.B. Christian Klar ein weiteres Mal zu lebenslänglich Knast verurteilt wurde.

### **Die Revisionisten und die Gewalt als Mittel der Machtergreifung**

Wenn wir von revisionistischen Parteien sprechen, so meinen wir die klassisch revisionistischen Parteien wie etwa die DKP, die stets treu zur revisionistischen Sowjetunion eines Chruschtschow oder Breschnew standen. Gewiß haben diese Parteien die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus propagiert und haben damit den Imperialis-

mus beschönigt und verharmlost. Gleichzeitig wissen wir aber heute, daß die Stasi ausgesuchte Mitglieder der revisionistischen DKP zur Durchführung gewaltsamer Kommandoaktionen militärisch ausgebildet hat. Die Revisionisten waren also bereit, bei Bedarf auch die terroristische Karte auszuspielen. Das Denken und Handeln der Revisionisten in der DDR schloß die Gewalt als Mittel zum Sturz der westdeutschen Monpole durchaus ein, und die DKP bewegte sich ebenfalls im Rahmen entsprechender Strategien. Und auch das opportunistische Bekenntnis zum Grundgesetz hätte die DKP-Revisionisten keineswegs davon abgehalten, auf eben dieses Grundgesetz zu pfeifen und die Macht auf einem “nicht verfassungskonformen Weg” zu ergreifen, wenn sie die Möglichkeit dazu gehabt hätte. Dies unterschied sie von der Sozialdemokratie, und das ist auch der Grund, warum die Bourgeoisie den Verfassungsschutz, Berufsverbote usw. gegen die DKP einsetzte, obwohl sie letztlich - ebenso wie die SPD - der bürgerlichen Ordnung diente.

Die DKP wiederum hatte die Hoffnung, zur herrschenden Partei in der BRD zu werden. Dies hat aber nichts mit proletarischer Revolution zu tun. Und zwar völlig unabhängig davon, ob Leute wie Honecker und Mielke, die als leitende Spitzen einer Ausbeutergesellschaft handelten, subjektiv weiterhin an solche Begriffe wie an eine Religion glaubten.

Es ist durchaus möglich, daß solche Leute den religiösen Kult, der mit sinnentleerten Begriffen wie “Herrschaft der Arbeiterklasse” usw. verbunden war, aufgrund ihres ganzen persönlichen Werdegangs für sich selbst benötigten. Daß hat jedoch die gleiche Bedeutung wie die Frage, ob der Kapitalist, der die Arbeiter ausbeutet und knechtet, sonntags in der Kirche an den Kultus der “Nächstenliebe” sowie an die unbefleckte Empfängnis glaubt.

Dem Inhalt, den Zielen der Gewalt, die die Revisionisten anzuwenden bereit sind, entspricht auch die Form dieser Gewalt, die sich grundlegend von der Form der Gewalt, die von der revolutionären Arbeiterklasse angewendet wird, unterscheidet. Die proletarische Revolution ist nicht etwa eine Summe von individuellen Terroraktionen, sondern das Handeln breiter Massen, die durch ihre Lebensbedingungen einerseits und den Terror der Bourgeoisie andererseits dazu gezwungen sind. Bei der Gewalt hingegen, die die Revisionisten anzuwenden bereit sind, handelt es sich der Form nach um Akte

individuellen Terrors, die bereits in der Vorstellung der Revisionisten vom Kampf der Massen völlig losgelöst sind.

Dies beruht darauf, dass die Revisionisten selbst von den Massen losgelöst waren und sich eine "Revolution" daher nur als Verbindung militärischer Aktionen des Ostens mit individuell-terroristischen Aktionen ausgewählter "Helden" im Westen vorstellen konnten.

Nach ihrer Vorstellung sind nicht die Massen die Triebkraft der Weltgeschichte, sondern einzelne "Helden", und nichts anderes meinen sie, wenn sie von führender Rolle der "Kommunistischen Partei" sprechen.

In der Missachtung der Massen und der Verabsolutierung der Rolle einzelner "Helden" in der Weltgeschichte unterscheiden sie sich nicht von der RAF, und das mag eine Wurzel sein, die der Zusammenarbeit von Stasi und RAF zugrunde liegt.

Man vergleiche die folgenden Ausführungen Lenins mit der Vorstellung der Honecker und Mielke, der Bachmann und Mies über den "Sturz der westdeutschen Monopole!":

***"Um über den Kapitalismus zu siegen, bedarf es richtiger Wechselbeziehungen zwischen der führenden, der kommunistischen Partei, der revolutionären Klasse, dem Proletariat, und der Masse, d.h. der Gesamtheit der Werktätigen und Ausgebeuteten. Nur die kommunistische Partei, wenn sie tatsächlich die Vorhut der revolutionären Klasse ist, wenn sie alle besten Vertreter dieser Klasse in ihren Reihen zählt, wenn sie aus völlig bewussten, der Sache treu ergebenden Kommunisten besteht, die in zähen revolutionären Kämpfen geschult und gestählt worden sind, wenn diese Partei es verstanden hat, sich mit dem ganzen Leben ihrer Klasse und durch sie mit der ganzen Masse der Ausgebeuteten unlösbar zu verbinden und dieser Klasse und dieser Masse volles***

***Vertrauen einzuflößen - nur eine solche Partei ist fähig, das Proletariat in dem schonungslosesten, in dem entscheidenden, letzten Kampf gegen alle Kräfte des Kapitalismus zu führen. Andererseits ist das Proletariat nur unter der Führung einer solchen Partei fähig, die ganze Macht seines revolutionären Ansturms zu entfalten... Erst wenn die Sowjets zum einzigen Staatsapparat geworden sind, ist eine wirkliche Teilnahme an der Regierung für die ganze Masse der Ausgebeuteten möglich... Erst in den Sowjets beginnt die Masse der Ausgebeuteten, nicht aus Büchern, sondern auf Grund der eigenen praktischen Erfahrung wirklich zu lernen, wie man den Sozialismus aufbaut und eine neue gesellschaftliche Disziplin, einen freien Bund freier Arbeiter schafft."*** (Lenin, Werke Band 31, S. 176)

Man braucht diese Ausführungen nur zu lesen, und man begreift sofort, warum z.B. die DKP niemals eine solche Partei sein konnte. Nicht etwa, weil sie nicht den Wunsch zur Macht gehabt hätte. Aber sie wollte die Macht nicht für die Arbeiter, sondern für sich selbst. Sie wäre daher niemals - auch nicht in einer revolutionären Situation - in der Lage gewesen, die Arbeiter anhand von deren eigenen Interessen für revolutionäre Aktionen zu mobilisieren. Sie hielt die Arbeiter auch nicht für fähig zu lernen, wie man den Sozialismus aufbaut. Sie konnte sich einen "Sozialismus" nur so vorstellen wie in der DDR, wo die Parteiführung in alle Ewigkeit jegliche Macht in ihren Händen konzentriert. Und eine Gewalt zum Sturz des westdeutschen Imperialismus konnte sie sich daher weder im Inhalt noch in der Form als eine revolutionäre Gewalt der Arbeiterklasse vorstellen. Also: Es stimmt schon, dass die Revisionisten die gewaltsame proletarische Revolution ablehnen: Sie lehnen den proletarischen Klassenkampf in Inhalt und Form ab. Doch die Gewalt "an sich" lehnen sie keineswegs ab.

## HEUTE SCHON AN MORGEN DENKEN ...

Vom 6. – 8. Juni 2007 findet in Heiligendamm der diesjährige G8-Gipfel statt. Es ist notwendig, dass schon jetzt im Vorfeld des G8-Gipfels die Linke an die kommende Repressionswelle denkt und Spenden für die anstehende Antirepressionsarbeit sammelt. Die Rote Hilfe geht allein für Prozessbetreuungen von einer fünfstelligen Euro-Summe aus.

Es bedarf in der Solidaritätsarbeit einer gemeinsamen Anstrengung der gesamten Linken!

**Rote Hilfe e.V.**  
Konto 191 100 462  
BLZ 440 100 46  
Postbank Dortmund  
Stichwort G8 Gipfel



V.L.S.d.P. - M. Kowalski - Postfach 3356 - 37036 Göttingen



**Rote Hilfe e.V.**  
Bundesvorstand  
Postfach 3255  
37022 Göttingen

bundesvorstand@rote-hilfe.de  
Tel. 0551 / 770 80 08  
Fax 0551 / 770 80 09  
www.rote-hilfe.de

**SOLIDARISIEREN  
SPENDEN  
BEITRETEN**

# Kritik und Selbstkritik ein Entwicklungsgesetz der Kommunistischen Partei

Nur solche Parteien, die restlos an das werktätige Volk glauben und denen das Volk unbegrenztes Vertrauen schenkt, können die millionenköpfigen Volksmassen zur Revolution führen, die unausbleiblich mit gewaltigen Opfern verbunden ist.

Kritik und Selbstkritik sind jene revolutionären Waffen, jene erprobte Methode, mit der die marxistischen Parteien alles Fremde, alles bürgerliche, das noch in ihren Reihen eindringt, schonungslos vertreiben. Kritik und Selbstkritik sind nur revolutionären, marxistisch-leninistischen Parteien eigen. Die Kommunistischen Parteien unterscheiden sich insbesondere dadurch von den revisionistischen, reformistischen Parteien, daß sie akut gewordene Fragen niemals umgehen, sie nicht vertuschen und nicht verkleistern, sondern stets offen, gründlich und prinzipiell ihre Fehler aufdecken und kritisieren, aus der Kritik und Selbstkritik neue Kräfte, neue Energie für die Verbesserung ihrer Tätigkeit, für ihre Entwicklung schöpfend. Die bürgerlichen und die revisionistischen Parteien begründen ihre gesamte Tätigkeit auf dem **B E L Ü G E N** des Volkes, auf dem **B E T R U G** der Volksmassen. Deshalb fürchten sie auch das Volk, deshalb wagen sie es auch nicht, mit ihrer Tätigkeit offen und ehrlich vor das Gesicht des Volkes zu treten. Es ist ganz logisch, daß sich die Kommunistische Partei nicht als revolutionäre Parteien erhalten können, wenn sie eines der grundlegenden Prinzipien ihrer Existenz, die Kritik und Selbstkritik, in Vergessenheit geraten lassen oder verletzen, denn das würde bedeuten, daß sie ihre Verbindung mit den Massen zerreißen, d.h. die Partei zugrunderichten!

Den Kommunisten sind Dünkel, Hochmut, Überheblichkeit, Bürokratismus, Prahlerei, Schmeichelei, Selbstzufriedenheit und Isolierung von den Massen ihrem Wesen nach fremd.

Die Partei geht zugrunde, wenn sie ihre Fehler verheimlicht, wunde Punkte vertuscht, ihre Unzulänglichkeiten bemäntelt, indem sie ein falsches Bild wohlgeordneter Zustände zur Schau stellt, wenn sie keine Kritik und Selbstkritik duldet, sich von dem Gefühl der Selbstzufriedenheit durchdringen lässt, sich dem Gefühl der Selbstgefälligkeit hingibt und

auf ihren Lorbeeren auszuruhen beginnt.

*“Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern”, sagt Lenin, “ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen - das ist das Merkmal einer ernstlichen Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse.”* (Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S.703.)

Und ferner:

*“Alle revolutionären Parteien, die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, dass sie überheblich wurden und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft bestand, dass sie fürchteten, von ihren Schwächen zu sprechen. Wir aber werden nicht zugrunde gehen, weil wir nicht fürchten, von unseren Schwächen zu sprechen, und es lernen werden, die Schwäche zu überwinden.”* (Lenin, sämtliche Werke, Bd. XXVII, S. 260/61 russ.)

Selbstkritik ist ein Zeichen der Stärke der Partei, nicht ihrer Schwäche. Grenzenlose Ergebenheit der Arbeiterklasse gegenüber, unerschütterlicher Glaube an ihre Kräfte, unbezwingbarer Wille zum Kampf und die Bereitschaft, beliebigen Schwierigkeiten mutig entgegenzugehen und auf dem Weg zum Ziel beliebige Hindernisse niederzureißen, dies sind die hervorstechenden Eigenschaften der revolutionären Kämpfer, die von den marxistischen Parteien auf der Grundlage von Kritik und Selbstkritik erzogen werden.

Jede Genossin, jeder Genosse hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, wenn sie bzw. er einen Fehler in der Arbeit der Partei bemerkt zu haben glaubt, auf diesen Fehler hinzuweisen. Das gilt auch dann, wenn sich hinterher bei der Überprüfung die Sorge als unbegründet herausstellt. Durch diese verantwortungsbewußte Wachsamkeit der Parteimitglieder und -freunde wird die korrekte Linie der Partei überwacht und gesichert.

Zur Diskussion gestellt:

## Marxisten-Leninisten oder Kommunisten?

Im gesamten Weltall und damit natürlich auch auf unserer Erde gibt es nichts, was unverändert bleibt, und all diese Veränderungen erfolgen nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten. Diese Gesetzmäßigkeiten zu untersuchen, sie zu erkennen und für die Menschheit kontrollierbar und nutzbar zu machen, ist die Aufgabe der Wissenschaft. Auch die menschliche Gesellschaft hat sich bisher nicht zufällig, sondern gesetzmäßig entwickelt und so wird es auch in Zukunft sein..

Karl Marx und Friedrich Engels waren die ersten, die die gesetzmäßige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wissenschaftlich richtig untersuchten. Sie gelten als "Väter des wissenschaftlichen Sozialismus". Sie bezeichneten ihre Lehre damals selber als "Sozialismus" - Engels hat eine Arbeit veröffentlicht mit dem bezeichnenden Titel: "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft". Dieser Text, vor allem das dritte Kapitel, ist ein wesentlicher Bestandteil im Schulungsprogramm unserer Partei für neue Genossinnen und Genossen.

Der Begriff "Sozialismus" hat nach dem Tode von Marx und Engels einen Bedeutungswandel erfahren - heute bedeutet er "nur" die Übergangsphase vom Kapitalismus zu Kommunismus und politisch die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats. (Hieraus geht hervor, dass Länder, in denen die Arbeiterklasse nicht die ökonomische und politische Macht hat, zu Unrecht als sozialistisch bezeichnet werden.)

Der wissenschaftliche Sozialismus wird seit einigen Jahrzehnten Marx und Lenin zu Ehren als Marxismus-Leninismus bezeichnet.

Der Marxismus-Leninismus ist eine exakte Wissenschaft wie z.B. die Physik oder die Biologie und steht als solche sozusagen über den Klassen. Es ist die Wissenschaft, die die gesetzmäßige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft richtig untersucht und wiedergibt. Da sie diese Gesetzmäßigkeiten als einzige Wissenschaft richtig wiedergibt, wird sie - wie jede andere korrekte Wissenschaft auch - sowohl von der Arbeiterklasse bzw. ihrer Partei als auch von der Ausbeuterklasse angewendet.

Wenn bürgerliche Weltraumforscher einen Satelliten auf die Umlaufbahn des Mars bringen wollen - worauf stützen sie sich bei ihrer Planung? Auf die Ergüsse der Bibel oder auf die Erkenntnisse der Wissenschaft Physik? Das ist natürlich nur eine rethorische Frage, die Antwort kennt jeder.

Die Bourgeoisie will an der Macht bleiben. Das brauchen wir nicht zu beweisen - das beweisen z.B. Hunderte Millionen Menschen, die das mit dem Leben bezahlen mussten. Wir denken, es leuchtet jedem ein, dass die Bourgeoisie, um an der Macht zu bleiben, in ihrem Sinne gut daran tut, die Gesetzmäßigkeiten der menschlichen Gesellschaft zu erkennen und für sich auszunutzen. Die einzige Wissenschaft, die diese Gesetzmäßigkeiten richtig erkennt, ist aber der Marxismus-Leninismus.

Die Arbeiter sollten sich bei ihren Bemühungen, den Kapitalismus zu beseitigen, tunlichst des Marxismus-Leninismus bedienen, sonst werden sie scheitern. Die Bourgeoisie will aber so lange wie möglich an der Macht bleiben und sie bedient sich dazu ebenfalls der einzig richtigen gesellschaftlichen Wissenschaft, des Marxismus-Leninismus - eine andere korrekte Gesellschaftswissenschaft **gibt** es ja nicht.

Die **Kommunisten** setzen den Marxismus-Leninismus für die Arbeiterklasse ein, die bürgerlichen Wissenschaftler bzw. die Revisionisten setzen ihn jedoch für die Bourgeoisie bzw. die Ausbeuterklasse ein. Die revolutionären Parteien heißen in zahlreichen Ländern **Kommunistische** Partei und nicht Marxistisch-Leninistische Partei - das wäre ungefähr so, als würde man von einer "physikalischen Partei" o.ä. reden. Wenn sich eine Partei also "Marxistisch-Leninistische Partei X-Ypsilons" nennt, so sagt der Name allein über sie rein gar nichts aus...

Wir sind allergisch gegen alle Formulierungen, die so verstanden werden könnten, als wollten "Wissenschaftler" die Führung über die Arbeiterklasse übernehmen. Mit solchen Versuchen hat die Arbeiterklasse ihre üblen

Erfahrungen gemacht. Dafür gibt es auch im anti-kolonialen Befreiungskampf leider zahlreiche negative Beispiele; die Führer dieses Kampfes haben in zahlreichen Ländern den Marxismus-Leninismus dafür mißbraucht, die revolutionären Massen hinter sich zu kriegen - erfolgreich, denn der Marxismus-Leninismus erklärt die elende Lage der unterdrückten Menschen richtig und verständlich - und haben für sich von den Massen die Macht erkämpfen lassen. Beispiele dafür aus jüngster Zeit sind Äthiopien und Kongo/Zaire, aber natürlich auch Mao und die VR China.

In seinem Buch "Klassenkämpfe in China" schreibt der englische Marxist-Leninist W.B.Bland: "Das Ziel der **Marxisten-Leninisten** besteht darin, die Arbeiterklasse in jedem Land zu führen..." und etwas weiter "...da das Ziel der **Marxisten-Leninisten** darin besteht, im revolutionären Prozess für die Arbeiterklasse die Führung zu übernehmen..." (S. 2 bzw. 3 des uns vorliegenden deutschen Manuskripts in der Übersetzung von GvS, Hervorhebung von uns)

Das liest sich im ersten Augenblick gut und erscheint unbedenklich, doch "**Kommunisten** sollen die Massen führen..." - so heißt es in einem unserer Lieder und das klingt schon ganz anders, und die Wissenschaft der Kommunisten ist selbstverständlich der ML. Dass die Massen nicht spontan zum sozialistischen Bewusstsein kommen, ist uns klar, das vertritt unsere Partei von Anfang an. Uns eventuell entgegengehaltene Zitate Lenins und Stalins rennen da also offene Türen ein. Lenin vertrat die Auffassung, jede **Köchin** müsse **lernen**, den Staat zu **führen**. Köchin = Proletarierin, und von Lernen schreibt Lenin auch - er schreibt nicht, jede Köchin müsse jemanden finden, der für sie den Staat führt... Und Brecht schrieb: "Lerne... Du mußt die Führung übernehmen!" An der Stelle, wo wir die Pünktchen gesetzt haben, hat Brecht aufgezählt, wer lernen soll: alles Proletarier.

Wir wissen nicht, ob Bland seine Formulierung "Marxisten-Leninisten..." aufrecht erhalten hätte oder ob er sie - nach einer Diskussion - durch "Kommunisten" ersetzt hätte.

Welche ist die Rolle der kommunistischen Partei? Wir übernehmen hier die Definition Stalins, wonach die Kommunistische Partei die **Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der Arbeiterklasse** ist. Aus dieser Formulierung geht hervor,

daß es sich um zwei zunächst getrennte Dinge handelt, die verbunden werden müssen. Die Kommunistische Partei ist gewissermaßen der Knoten, in dem beide verbunden sind.

Daß jemand marxistisch-leninistisches Vokabular im Munde führt, besagt noch gar nichts. Denn das benutzt auch die Bourgeoisie - die Erkenntnisse des ML, um ihre Macht zu verteidigen, und das Vokabular, um die Arbeiterklasse zu verwirren und um zur prinzipienlosen "Einheit" zu kommen. Als ein Beleg dafür möge der Artikel über das Ahlener Programm der CDU/CSU in dieser Ausgabe des RS dienen...

Schlimmer noch: Wir bringen unserem Feind selbst die Kenntnisse über unsere geistigen Waffen bei. Jeder, der sich ehrlich für den Sozialismus bzw. Kommunismus einsetzt - gleichgültig, in welcher Organisation - kann das bestätigen: in den Schulungskursen über den Marxismus-Leninismus saßen zahlreiche Gymnasiasten und Studenten - wo sind sie heute? Sie haben sich unsere wissenschaftlichen Waffen angeeignet und sitzen heute in zahlreichen bürgerlichen Parteien und Machtpositionen - **gegen uns!** Nur wenige haben ihre Klasse verraten und sich für die Sache der Arbeiterklasse entschieden. Wer von den Schülern und Studenten, die heute "dabei" sind, wird das in zehn Jahren noch sein? Die Arbeiterklasse hat völlig zu Recht ein Misstrauen gegen von solchen Leuten geführte "kommunistische" Organisationen gehabt und hat es immer noch. Können wir das verhindern? Sollen wir nur noch Proletarierinnen und Proletarier in unsere Schulungskurse aufnehmen?

### Impressum:

**ROTER STERN**

**Zentralorgan der KPD/ML**

Herausgeber:

**ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)**

\* \* \*

**Redaktion und Vertrieb:**

**Postfach 35 11 02**

**39034 Magdeburg**

**Kontakt auch: [www.kpd-ml.net](http://www.kpd-ml.net)**

Erklärung der Partei der Arbeit des Iran (Toufan) über die Pläne der USA im Mittleren Osten

## Stoppt den Krieg! Keine Sanktionen, keine Bomben auf den Iran!

Unmittelbar nach der Besetzung des Irak haben die USA mehrere militärische Stützpunkte in unmittelbarer Nähe der iranischen Grenze eingerichtet.

Die USA haben wiederholt von der iranischen Regierung gefordert, sich der US Politik der "neuen amerikanischen Ordnung" anzupassen. Die Ersetzung der Regimes im Irak, in Nordkorea und im Iran war und ist Teil der Bush-Doktrin. Jetzt, wo die USA im Irak eine Niederlage erlitten haben, ist ihre Kriegstreiberei gegen den Iran auf dem Höhepunkt. Die USA haben jetzt zwei Flugzeugträger in den Golf von Persien verlegt und fünfzig Kriegsschiffe vor der iranischen Küste stationiert. Die USA beschuldigen Iran, Atomwaffen zu besitzen bzw. das Ziel zu haben, sie herzustellen. Das ist die hysterische Propaganda der USA gegen Iran, obwohl alle Inspektoren erklärt haben, dass Iran keine Atomwaffen besitzt. Aber diese Erklärungen stellen G.W. Bush nicht zufrieden. Nach dem, was die USA diktieren, haben souveräne Staaten kein Recht, die Technologie und die Anlagen für eine Atomkraft für zivile Zwecke zu entwickeln. Natürlich betrifft dieses US-Diktat nicht Israel, welches längst eine Atommacht im Mittleren Osten ist. Und es wird auch nicht auf Pakistan, Indien und andere angewendet. Mit dem Diktat wird gesagt: das Regime in Teheran muss den USA im Palästina/ Israel-Konflikt gehorchen. Es darf der Ölpolitik der USA im Persischen Golf nicht widersprechen. Es muss sich vollkommen dem Internationalen Währungsfond und der Weltbank anpassen usw.

Kurz gesagt, Iran muss sich bedingungslos mit den USA gegen die EU, Japan und China verbünden. Kann dieses Ziel der USA ohne militärische Intervention verwirklicht werden? Ja, das ist möglich. Das kapitalistische Regime der Geistlichen im Iran ist seinem Wesen nach bereit, sich an die USA zu verkaufen, um seine Macht zu erhalten. Alle Fraktionen des Teheraner Regimes haben schon gezeigt, dass sie tendenziell zu Kompromissen mit den USA bereit sind. Dafür gibt es Beispiele: das islamische Regime hat während der Bombardierungen des Iraks und Afghanistans mit der "britisch-us-amerikanischen Allianz" zusammengearbeitet. Und es hat, wie es selbst sagt, erklärt: "Die USA können im Irak und in Afghanistan ohne die Hilfe des Iran nicht erfolgreich sein."

Iran war einer der ersten Staaten, die das Marionettenregime in Bagdad anerkannt haben. Das Regime in Teheran hat von Anfang an gegen die Widerstandsbewegung im Iran gearbeitet. Damit war es in enger Nähe zu den USA, wird aber von diesen nach wie vor für die Niederlagen im Irak verantwortlich gemacht.



Eine Invasion des Iran ist unwahrscheinlich, betrachtet man die großen Probleme, die die USA im Irak und international haben. Aber trotzdem ist die Kriegstreiberei gefährlich am Krieg. Sie ist ähnlich, die die Invasion des Irak vorbereitet hat.

Wenn es den USA letztendlich nicht möglich sein sollte, das iranische Regime entsprechend seinen Bedürfnissen umzugestalten, dann kann das zu einer militärischen Aktion gegen den Iran führen. Den USA ist die Form oder mittelalterliche Charakter des iranischen Regimes gleichgültig. Die Geschichte hat gezeigt, dass die USA bereit sind, mit jedem "Satan" zu kollaborieren, wenn er nur ihre Ziele verfolgt. Für die Regierung Bush ist allein entscheidend, dass Iran eine Politik pro-USA wie Kuwait, Bahrain, die Türkei, Qatar etc. verfolgt. Eine mögliche Invasion des US-Imperialismus im Iran hat denselben Charakter wie seine Überfälle auf den Irak, Afghanistan, Jugoslawien und andere Länder und muss ebenso verurteilt werden. Die USA haben ihre imperialistischen politischen, ökonomischen und strategischen Interessen und kein denkender Mensch sollte glauben, dass die Einmischung der USA in die Angelegenheiten Irans irgendetwas mit Demokratie, Freiheit oder Recht zu tun hat. Solche Behauptungen sind pure imperialistische

Propaganda. Das iranische Volk kann aus eigener Kraft das reaktionäre theokratische Regime stürzen und eine freie und demokratische Gesellschaft ohne die "Hilfe" des Imperialismus aufbauen. Die Iraner werden niemals die Ereignisse im Jahr 1953 vergessen. Damals wurde Premierminister Mossadegh durch eine gemeinsame Aktion der USA und Britanniens gestürzt, nachdem er die Ölindustrie nationalisiert hatte. Der Schah wurde wieder als Herrscher eingesetzt und Unterdrückung und Terror wurden alltäglich. Die demokratische Bewegung wurde im Blut ertränkt. Auch angesichts des Terror-Regimes im Iran sollte niemand die Augen zumachen und die kolonialen und barbarischen Ziele des USA-Imperialismus vergessen.

**USA - raus aus dem Irak! Sofort und bedingungslos!**

**Keine Sanktionen, keine Bomben gegen Iran!**

März 2007

Partei der Arbeit Irans (**Toufan**)

[www.toufan.org](http://www.toufan.org)

[toufan@toufan.org](mailto:toufan@toufan.org)

## Der türkische Staat konnte den Wunsch nach Freiheit nicht ertragen

Die türkische Polizei hat die Menschen, die sich heute vor dem Gerichtsgebäude in Istanbul-Besiktas versammelt hatten, um gegen den Prozess gegen die Vertreter von demokratischen Einrichtungen, die am 21. September verhaftet worden waren, zu protestieren, mit Tränengas, Pfefferspray und Schlagstöcken angegriffen. Es gibt viele Verletzte und Dutzende von Festgenommenen. Die Polizei setzte auch die Zivilfaschisten gegen die sich in die Nebenstraßen zurückziehenden Menschen ein und versuchte mit deren Hilfe, die Protestierenden zu lynchen.

*Gülsah Tagac*, die Mutter eines Gefangenen, erlitt durch den Polizeiangriff eine schwere Kopfverletzung und wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Die folgende Namen der Verhafteten sind bisher bekannt geworden: *Nahide Kilic*, *Vorstandmitglied des EKD (Verein Werktätiger Frauen)*, *Kamber Saygili*, *Vorstandmitglied der Gewerkschaft Limter-Is*, *Füsün Bandir*, *Vorsitzende des Solidaritätsverein mit dem Palästinensischen Volk*, *Derya Egilmez*, *Aktivistin des EKD*, *Mercan Gercek*, *Mutter eines Gefangenen und die ESPLer: Muharrem Demirkiran*, *Deniz Serve*, *Sevgi Abali*, *Nimet Celebi*, *Cemal Celebi*, *Kadir Baydemir*, *Gökhan Batur*, *Ersin Bagtur*, *Yusuf Bayraktar*, *Kenan Kara*, *Mehmet Erbil*, *Cevdet Cihan*, *Volkan Caliskan*, *Ozan Emre Özyilmaz*, *Dursun Calsikan*, *Özkan Sahin*, *Fatma Kelleci*, *Senay Öztürk*, *Meral Akbas*, *Selahattin Ilgaz*, *Meric Solmaz*, *Sinan Tanriverdi*, *Ugur Ok*, *Ayşe Yilmaz* und *Ibrahim Avci*.

Als die Menschen sich erneut in der Nähe des Gerichtsgebäudes versammelten, griff die Polizei zum zweiten Mal an. Bei diesem zweiten Angriff wurden die *Istanbul Vertreterin der ESP*, *Hatice Aydemir*, *die Vorsitzende der Föderation der Sozialistischen Jugendvereine (SGDF)*, *Göksen Cal*, *der Vorsitzende des SGD Istanbul*, *Koran Türk*, *die Mitarbeiterin des Radios Özgür Radyo*, *Songül Özbakir*, *die Reporterin des Radios Derya Okatan* und viele andere Menschen verhaftet.

Die Zahl der Festgenommenen wird auf weit über 50 geschätzt. Während der türkische Staat die vor dem Gerichtsgebäude protestierenden Menschen angegriffen hat, versuchte er gleichzeitig den Delegationen, die zur Beobachtung des Prozesses aus

Russland, Kanada, Kolumbien, Deutschland, Frankreich, England, Bulgarien, Griechenland und der Schweiz angereist sind, und die Angehörigen, die ebenfalls den Prozess beobachten wollten, den Eintritt ins Gerichtsgebäude zu verwehren. Auf den Dächern in der Umgebung des Gerichtes sind Spezialeinheiten in Stellung gegangen.

Etwa 1000 ESPLer, Angehörige von Gefangenen und Mitglieder anderer demokratischer Organisationen hatten sich vor dem Gericht versammelt und mit Redebeitragen, Parolen und Transparenten die Freilassung der September-Gefangenen gefordert.

\* Dieser Angriff ist ein Angriff auf den Wunsch nach Freiheit.

\* Dieser Angriff ist ein Angriff auf die internationale Solidarität, die Freiheit fordert.

\* Dieser Angriff zeigt das wahre Gesicht des türkischen Staates, das sich gestern durch gegen das kurdische Volk gerichtete feindliche Erklärungen des Generalstabschefes Yasar Büyükanit und heute mit dem Angriff auf die Sozialistische Plattform der Unterdrückten (ESP) gezeigt hat.

**Schweigen wir nicht angesichts dieser faschistischen Angriffe!**

**Wir fordern die sofortige Freilassung der Festgenommenen, die sich für die Freiheit und die Menschenrechte einsetzen und die Beendigung derartiger Angriffe.**

Als Konföderation der Unterdrückten Immigranten Europa (AvEG-Kon) fordern wir alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auf, gegen diesen Angriff gegen die Freiheit und Gerechtigkeit gerichteten Angriff des türkischen Staates zu protestieren und sich mit der Stimme der Freiheit zu solidarisieren.

13. April 2007

### **Konföderation der Unterdrückten Immigranten Europa (AvEG-Kon)**

Schickt massenhaft Protestfaxe an das Justizministerium der Türkei und das Polizeipräsidium von Istanbul:

Justizministerium: Fax 0090 312 419 33 70

Polizeipräsidium von Istanbul: Tel 0090 212 635

0000, Fax 0090 212 636 2871

**Kontakt Adresse:** Fritz-Elsas Str.60, 70174 Stuttgart, Deutschland

Tel:+49(0)711 227 02 05 Fax:+49(0)711 284 54 70

Web: [www.aveg.org](http://www.aveg.org) , E-mail: [aveg-kon@hotmail.com](mailto:aveg-kon@hotmail.com)

Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede Einzel-DC kostets 5 € jede Doppel-DC 8 € jeweils einschließlich Porto.

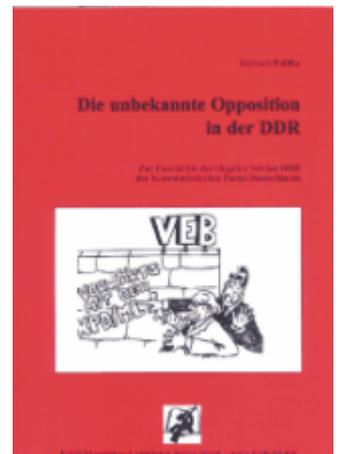
**Außerdem als CD erhältlich:**

- \* **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin Als Broschüre für jeweils 2 €erhältlich sind:**
- **Waltraud Aust:** Der 17.Juni 1953 aus der Sicht einer
  - Kommunistin
- \* **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam Albanische Hefte 1/2004
- ☛ **NEU: Ernst Aust:** Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)
- ☛ **NEU: Zionismus - Todfeind der Völker**
- ☛ **NEU: Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution**
- ☛ **NEU: Kampf für die Befreiung der Frau**

**Bestellungen bitte an:**  
**H.Polifka, Postfach 35 11 02**  
**39034 Magdeburg**

Bankverbindung: **Postbank Köln, K-Nr.: 152160508 BLZ 370 100 50, Kennwort F.Pöschl**  
 (Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

**Wieder aufgelegt:**  
**KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin**  
 (als Broschüre 3 €)  
**Neuerscheinung 2005: (nur noch wenige Exemplare)**  
**Herbert Polifka: Die unbekannte Opposition in der DDR** (159 Seiten)  
 Preis: 18 €



## Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus wiedergegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften.

Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neusozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren.

Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, dass in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

\* \* \*

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum ersten mal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.” (W.I. Lenin)